

Jetzt: Auf in den Wahlkampf

Um jede Stimme kämpfen



Der 34. Bundesparteitag der CDU in Mainz war ein Parteitag mit vielen Höhepunkten. Unter dem Motto „Weiter so, Deutschland — Für eine gute Zukunft“ stellte die Partei die Weichen bis hin zum Jahr 2000. Nicht euphorisch, aber selbstbewußt und stolz auf die Leistungen der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung gingen die Delegierten nach Hause. Im Marschgepäck die Aufforderung des Parteivorsitzenden, um jede Stimme zu kämpfen. Wir haben gute Chancen, die Bundestagswahl am 25. Januar 1987 zu gewinnen.

Die Bilanz: Wir haben eine gute Chance

Das war ein großartiger Parteitag, dieser 34. Bundesparteitag der CDU in Mainz. Die Partei bot ein Bild der Geschlossenheit und der Zuversicht wie selten zuvor. Wir gehen mit guten Aussichten in die Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte es in seinen Schlußworten: Wir haben eine gute Chance — jeder spürt es, der mit wachen Sinnen durch die Lande geht. Diese Wahl ist natürlich noch nicht gewonnen, aber wir dürfen ohne jede Angeberei sagen: Wir haben die bessere Mannschaft.

Für jeden von uns ist wichtig, daß wir, die Christlichen Demokraten, am Haus der Bundesrepublik Deutschland nach unseren Vorstellungen, nach unseren Überzeugungen weiterbauen können. Dazu müssen wir aus dieser Wahl am 25. Januar möglichst stark hervorgehen. Wir sind die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die das Thema Zukunft mit einer solchen Entschlossenheit, Offenheit, aber auch Fähigkeit zum Nachdenken und zum sensiblen Überdenken angegangen ist. Unser Zukunftsmanifest ist eine Chance, um Fragen, die gestellt werden, zu beantworten und weiterzuführen.

Unser Dank gilt auch den Freunden aus Rheinland-Pfalz für die gastliche Aufnahme und allen, die mitgeholfen haben, diesen Parteitag so großartig zu beenden.

Der UID wird in seiner nächsten Ausgabe die mit großem Beifall aufgenommene Rede des Generalsekretärs Heiner Geißler veröffentlichen sowie die Ergebnisse der drei Foren. Das Zukunftsmanifest wird als Dokumentation im grünen Teil erscheinen. Wir werden auch die wichtigen Anträge zum Zusammenschluß der beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen/Lippe dokumentieren. Und natürlich auch die übrigen verabschiedeten Anträge im Wortlaut.

Der Parteitag im Spiegel der Presse

„Parteitag des Kanzlers“ (ZDF, 8. 10. 86)

„Union identifiziert sich mit Kohl ... für CDU und CSU verkörpert Kohl schlicht und einfach das notwendige Maß bürgerlicher Vernunft.“ (WDR, 8. 10. 86)

„Kohl ist die Wahllokomotive der Union; die CDU steht hinter ihm ohne Wenn und Aber.“ (SWF, 8. 10. 86)

„Fazit der zwei Tage von Mainz: Die CDU und ihr Kanzler gehen siegessicher in den Bundestagswahlkampf.“ (NDR, 8. 10. 1986)

„Ein Heimspiel für Helmut Kohl“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 8. 10. 86)

„Ein Parteitag der Harmonie und Zuversicht.“ (Stuttgarter Zeitung, 8. 10. 86)

„Kohl trat vor seiner Partei als der Bundeskanzler auf, der überzeugt ist, es zu bleiben.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 8. 10. 86)

„Mögen die Delegierten Strauß zujubeln — der Kanzler heißt Kohl und der Koalitionspartner FDP.“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 8. 10. 86)

„Die Stimmung ist von Zuversicht geprägt, wenn nicht von Siegesgewißheit.“ (Lübecker Nachrichten, 8. 10. 86)

„Kohl ... hat in Mainz recht geschickt die Vision und den greifbaren politischen Vorschlag, die Konsistenz seines Programms und die Warnung vor frühzeitiger Erschlaffung miteinander verknüpft.“ (Welt, 8. 10. 86)

Helmut Kohl:

Deutschland braucht unsere Tatkraft, unsere Zuversicht und unseren Mut

Liebe Freunde! Die Bundesrepublik Deutschland steht heute 110 Tage vor der Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Wir, die CDU, treten vor die Wähler als die Partei, die es geschafft hat, daß es in Deutschland wieder aufwärts geht, als die Partei mit Mut zur Zukunft, als die Partei, die bewiesen hat, daß sie das Steuer sicher halten kann.

Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung, vor einer Bundestagswahl, die den Weg der Bundesrepublik Deutschland in die 90er Jahre bestimmt. Am 25. Januar des nächsten Jahres entscheiden die Bürger darüber, ob wir das Werk der Erneuerung weiterführen oder ob die Bundesrepublik den Weg des Ausstiegs einschlägt: des Ausstiegs aus praktisch allem, was uns in den vergangenen Jahrzehnten Freiheit, Sicherheit und auch Wohlstand garantiert hat.

Es geht ganz einfach darum, ob unser Land seinen Platz unter den führenden Industrienationen der Welt auch über die Jahrhundertgrenze hinaus behaupten kann. Wir sind Regierungspartei, und wir wollen es bleiben. Wir dürfen sagen: Wir haben gute Arbeit geleistet, und wir wollen sie fortführen.

Die Bilanz — jedermann weiß dies — ist positiv und ermutigend. Es geht aufwärts in Deutschland, und so soll es bleiben.

Wir haben die Partnerschaft und die Freundschaft im Bündnis gefestigt. Wir haben das Gespräch, den Dialog mit unseren Nachbarn im Osten neu belebt. Wir haben den Frieden in Freiheit sicherer gemacht.

Die Beschäftigung nimmt zu, die Einkommen steigen, die Preise sind stabil und wir haben wieder eine wachsende, auf die Zukunft orientierte Wirtschaft. Das sind Erfolge, die im Alltag der Bürger zählen.

Auch das Klima in der Bundesrepublik hat sich geändert. Zuversicht und Optimismus haben Verzagtheit und Pessimismus verdrängt. Es gibt ein neues Geschichtsbewußtsein und damit auch eine neue Offenheit für Zukunftsfragen. In der Regierungspolitik ist auf das gegebene Wort wieder Verlaß. Wir versuchen, Probleme zu lösen, und nicht zu vertagen.

Daß es uns heute, liebe Freunde, besser geht als vor vier Jahren, daß es aufwärts geht, daß wir mit Zuversicht nach vorne blicken können — das ist zunächst und vor allem das gemeinsame Werk aller Bürger guten Willens in unserem Land.

Ihre Anstrengung, ihre Opferbereitschaft, ihr Ja auch zur persönlichen Leistung hat dies möglich gemacht, und dafür wollen wir allen danken.

Im Januar bitten wir erneut um das Vertrauen, weil wir für unser Land gemein-

sam eine gute Zukunft gestalten wollen, eine Zukunft in Frieden, eine Zukunft in Freiheit, eine Zukunft in einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Wir haben diese Zukunft im Blick. Die Sozialisten wollen zur Politik von gestern zurück. Sie wollen die Belastbarkeit der Wirtschaft noch einmal testen. Sie wollen noch einmal mehr umverteilen, als zuvor gemeinsam erarbeitet wurde. Sie wollen noch einmal mehr Steuern, mehr Wirtschaftslenkung, weniger Markt. Sie wollen noch einmal Vorfahrt für den Staat und Stopp für den Bürger. Und die SPD will den sowjetischen Rüstungsvorsprung von 1979 wieder in Kauf nehmen, gegen den Helmut Schmidt damals den NATO-Doppelbeschluß erwirkt hat. Die SPD hat in diesen vier Jahren nichts, aber auch gar nichts dazugelernt.

Sie will die alten Fehler noch einmal machen — weiter links und noch viel dogmatischer.

Liebe Freunde, das ist nicht mehr die SPD von Kurt Schmumacher. Das ist nicht mehr die SPD des Godesberger Programms. Das ist auch nicht mehr die SPD von Fritz Erler bis Helmut Schmidt, mit der wir die Klingen kräftig kreuzten, aber in Grundfragen deutscher Politik übereinstimmten. Sie wurde zur SPD der Eppler, Lafontaine und Schröder, und das ist eine ganz andere SPD: eine Partei, die außenpolitisch zum Wanderer zwischen den Welten geworden ist, und eine Partei, die sich jetzt — 1986/87 — in ihrem neuen Grundsatzprogramm wieder auf Karl Marx beziehen will.

Von dieser Ideologie und von opportunistischem Machtstreben wird diese Sozialdemokratie ins Bündnis mit den GRÜNEN getrieben. Unser Land und alle Bürger sind für solche Experimente viel zu schade. Wir, die CDU, als eine freiheitliche und soziale Volkspartei der Mit-

te, wollen dagegen unsere erfolgreiche Politik der Erneuerung setzen.

Als wir die Verantwortung vor vier Jahren übernahmen, war das Haus Bundesrepublik Deutschland baufällig geworden. Heute sind die Fundamente gefestigt, die Statik ist wieder in Ordnung.

Wir wollen jetzt in den nächsten vier Jahren — unterstützt vom Vertrauen unserer Mitbürger — unsere Kraft darauf konzentrieren, dieses Haus Bundesrepublik Deutschland, unsere Republik, auch innen wieder wohnlicher zu gestalten.

Liebe Freunde, wir hatten in diesen Jahren ein gewaltiges Arbeitspensum zu bewältigen. Dabei sind uns auch Fehler unterlaufen. Auch das gehört in den Bericht dieser Stunde. Aber auf den entscheidenden Feldern der Politik haben wir eindrucksvolle Ergebnisse erzielt. Wir sind nicht den bequemen Weg gegangen und schon gar nicht den Weg des geringsten Widerstandes. Wir haben versucht, uns nicht von Stimmungen beherrschen zu lassen, und uns auch nicht dem bloßen Zeitgeist, in welchem Gewande auch immer er einherkam, unterworfen. Wir haben das getan, was unsere Pflicht war, was wir für notwendig, was wir für richtig hielten.

Dafür, daß dies möglich war — gerade in schwierigen Zeiten und oft mit dem Wind, ja mit dem Sturm ins Gesicht —, bedanke ich mich heute bei Ihnen von ganzem Herzen: bei unserer Partei, bei unseren Mitgliedern, die diese Politik mitgetragen haben, oft genug mit ertragen und erlitten haben. Ich bedanke mich bei den Orts- und bei den Kreisvorsitzenden, bei den Mandatsträgern in den Gemeinden, in den Kreistagen, in den Landtagen, bei den Kollegen in der Parteiführung und im Bundesrat und natürlich bei den Freunden in der Bundestagsfraktion. Ich nenne für viele Alfred Dregger, den Fraktionsvorsitzenden, und Theo Waigel,

den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe. Ich danke Heiner Geißler, der mit großem Mut und mit Entschiedenheit unsere Sache immer wieder vertreten hat. Ich danke den Mitarbeitern im Adenauer-Haus und damit allen unseren hauptamtlichen Freunden, ohne deren Mittun unsere Arbeit im Alltag nicht möglich wäre. Ich sage ein Wort des Dankes auch an unsere Schwesterpartei in Bayern. Ich sage ein Wort des Dankes an die Christlich-Soziale Union und an ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Auch wenn es gelegentlich Schwierigkeiten gab — verständliche und manchmal weniger verständliche —, das ändert nichts an unserer Gemeinsamkeit.

Liebe Freunde, durch 40 Jahre hindurch sind wir unseren Weg als Schwesterparteien gemeinsam gegangen. Das war zum Nutzen unseres Vaterlandes, und das wird auch in Zukunft so sein. Für den kommenden Sonntag wünschen wir alle der CSU und Franz Josef Strauß einen großartigen Wahlerfolg!

Ich bedanke mich bei meinen Kabinettskollegen für ihre sachkundige, engagierte Mitarbeit im Alltag der Regierung. Koalitionsregierungen, liebe Freunde, sind nie einfach in ihrer Willensbildung. Da gibt es manchen auch gänzlich unnötigen Ärger. Entscheidend sind aber die Fähigkeit und der gemeinsame Wille, das besprochene Regierungsprogramm im Geiste der Partnerschaft durchzusetzen, und hierzu hat die FDP einen wesentlichen Beitrag geleistet.

In dieser Bereitschaft zur Partnerschaft werden wir, die CDU Deutschlands, die Koalition der Mitte aus FDP, CSU und CDU auch in den nächsten vier Jahren fortsetzen.

Liebe Freunde, wir wissen um unseren Auftrag als führende Regierungspartei. Wir wissen um unsere Verantwortung. Wir können kämpfen, und das werden

wir auch dieses Mal beweisen. Wir werden mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern darüber sprechen, was wir gemeinsam erreicht haben.

Ich will mich heute hier auf drei wesentliche Bereiche konzentrieren: die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, unsere Politik für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht und die Sicherung des Friedens in Freiheit.

Wir stehen für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Erfolge sind offenkundig: 1982 Überschuldung, heute wieder solide Staatsfinanzen; 1982 Inflation, heute wieder stabiler Geldwert; 1982 Rezession, heute Wirtschaftswachstum; 1982 die tiefste Krise der Nachkriegszeit, heute ein anhaltender Aufschwung auf einem immer breiter werdenden Fundament. 1982 standen die sozialen Sicherungssysteme vor dem Ruin; heute sind sie wieder stabil und zuverlässig. Die Rente ist sicher.

1982 stieg die Arbeitslosigkeit scheinbar unaufhaltsam. Wir haben gehandelt, und der Trend ist umgekehrt. In dieser Legislaturperiode haben wir gemeinsam mit allen, die hilfreich waren, 600 000 neue, sichere Arbeitsplätze geschaffen.

Unseren Mitbürgern geht es besser als vor vier Jahren. Die Erhöhung von Löhnen, die Erhöhung der Renten wird eben nicht mehr von Inflation zunichte gemacht. Wer als Arbeiter 1986 mehr Lohn bekommt, wer als Rentner heute mehr Rente erhält, der hat tatsächlich etwas davon. Er kann sich wirklich mehr kaufen. Er kann damit besser leben.

Liebe Freunde, in diesem Jahr steigen die Einkommen netto und real um nicht weniger als 4 %. Das ist der höchste Anstieg seit 16 Jahren, seit 1970, seit Beginn der Regierung der deutschen Sozialdemokraten.

Neue Arbeitsplätze, sichere Renten und echte Einkommenszuwächse — das ist tatkräftige Politik für die Arbeitnehmer, Politik für die breiten Schichten unserer Bevölkerung.

Ganz besondere Anstrengungen haben wir unternommen, um die Zukunftschancen der jungen Generation zu verbessern. Ich erinnere Sie hier alle an die großartige Lehrstellenaktion, die gezeigt hat, was Bürgersinn zu bewegen vermag. Wir haben keine neuen Gesetze gemacht, wir haben keine neuen Steuern erlassen, wir haben die Menschen gebeten, den jungen Leuten zu helfen: den Unternehmer und den Betriebsrat, den Handwerksmeister und den Mann und die Frau im freien Beruf, den einzelnen, jeden, der Verantwortung hat. Wir haben ein großartiges, ein einzigartiges Ergebnis erreicht. Das war eine patriotische Tat für die jungen Leute in der Bundesrepublik Deutschland.

Kernpunkt unserer wirtschaftspolitischen Anstrengungen war die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen. Wir haben damit neuen Spielraum gewonnen: Spielraum für eine Steuersenkung, mit der wir die Bürger um rund 20 Milliarden DM entlasten konnten, Spielraum für eine aktive Arbeitsmarktpolitik — das heißt zum Beispiel für über 100 000 Plätze in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das ist mehr als dreimal soviel wie vor vier Jahren, am Ende der Regierungszeit meines Amtsvorgängers.

Wir haben neuen Spielraum gewonnen für eine schöpferische Sozialpolitik. Wir haben die Renten auf eine sichere Grundlage gestellt, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zweimal verlängert, das Wohngeld um eine Milliarde DM angehoben, die Sozialhilfe deutlich erhöht und das Kindergeld für arbeitslose Jugendliche wieder eingeführt, das die Sozialisten gerade gestrichen hatten.

Wir wissen, liebe Freunde, was Sozialdemokraten einfach nicht begreifen wollen und was ein Grundgesetz Sozialer Marktwirtschaft ist: Eine gute Wirtschaftspolitik ist immer auch die beste Sozialpolitik.

Wir stehen für eine familienfreundliche Gesellschaft und eine lebenswerte Umwelt.

Für mich gehört zu den zentralen Themen unserer Erfolgsbilanz, daß die Familie nicht länger ein politisches Randthema ist, sondern wieder im Mittelpunkt unserer Gesellschaft steht.

Die Einführung des Erziehungsgeldes, die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht — das sind wegweisende Reformwerke, die auf Dauer und für immer mit dem Namen der Christlich Demokratischen Union verbunden bleiben.

Mit der Stärkung der Familie, mit unserem Engagement für Kinder haben wir Wesentliches, ja Entscheidendes für mehr Mitmenschlichkeit in unserer Gesellschaft erreicht. Unser Ziel ist und bleibt ganz klar: Wir müssen wieder ein familienfreundliches Land werden. Kinder müssen Vorfahrt haben in der Bundesrepublik Deutschland.

Auch in dem für die Zukunft unseres Landes so wichtigen Bereich des Umweltschutzes mußten wir viele Versäumnisse aufarbeiten. Ich will jedem Kritiker unserer Politik einfach sagen: Hätten frühere Regierungen rechtzeitig gehandelt, hätten wir alle diese Themen längst abgeschlossen.

Wir haben dafür gesorgt, daß Kraftwerke, Industrieanlagen und Autos sauberer geworden sind. Wir haben in Europa — und übrigens auch zwischen Ost und West — den Umweltschutz ganz oben auf die Tagesordnung gebracht. Und es war auch an der Zeit, daß dieses Thema in einem eigenständigen Ministerium verwaltet wird.

Wir stehen für die Sicherung von Frieden und Freiheit.

Wir haben heute wieder freundschaftliche, vertrauensvolle Beziehungen zu unserem amerikanischen Bündnispartner. Jeder weiß: Gerade in diesen Tagen äußert sich dies in ständigen und intensiven Konsultationen.

Unsere Standfestigkeit bei der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses hat das Bündnis gefestigt. Diese Entscheidung hat uns im Osten Respekt verschafft, und das Bündnis hat dadurch gemeinsam die Kraft bewiesen, seine Sicherheitsinteressen gegen äußeren und inneren Druck durchzusetzen.

Liebe Freunde, ich sage auch dies in der Erinnerung an das schwierige Jahr 1983, in der Erinnerung daran, was unsere Freunde in vielen Städten und Gemeinden in der Diskussion um die Stationierung durchstehen mußten: Ohne unsere Entscheidung wäre das Treffen Reagan — Gorbatschow in Genf, wäre das bevorstehende Treffen Reagan — Gorbatschow in Reykjavik nicht möglich gewesen, und auch nicht das zukünftige Treffen.

Wir haben unsere Bündnisverpflichtungen eingelöst, weil wir eben wissen — und wir müssen es allen im Lande immer wieder sagen, damit es nie vergessen wird —, daß es Frieden in Freiheit nicht zum Nulltarif geben kann. Wir mußten deshalb den Wehrdienst verlängern, und dies ist ein Opfer für die junge Männergeneration unseres Landes. Wir haben die Führungsstruktur der Bundeswehr verbessert und der Bundeswehr längst überfällige solide, in die Zukunft weisende Planungsgrundlagen gegeben.

Liebe Freunde, wir danken allen unseren Soldaten für ihren Dienst in der Bundeswehr. Dieser Dienst ist ein Friedensdienst. Bei meinen vielen Gesprächen bei

Truppenbesuchen habe ich immer wieder erfahren, auch im Gespräch mit jungen Wehrpflichtigen, wie sehr sich diese Soldaten, die ja unsere Söhne sind, über ein Wort der Anerkennung und der Sympathie freuen. Meine Bitte an Sie alle draußen in den Städten und Gemeinden und in unseren Kreisverbänden ist: Kümmern Sie sich um die Soldaten! Es lohnt sich. Es sind unsere Söhne, unsere Kinder.

Liebe Freunde, ich möchte ausdrücklich hinzufügen: Auch bei meinem Besuch in Bethel habe ich engagierte junge Leute kennengelernt, die dort in eindrucksvoller Weise ihren Zivildienst leisteten. Auch ihnen haben wir herzlich zu danken.

Wir haben die Fundamente gefestigt, auf denen wir eine aktive Politik des Dialogs und, wenn möglich, der Verständigung und der Zusammenarbeit mit unseren wichtigsten Nachbarn im Osten, mit der Sowjetunion und den Staaten Ost- und Mitteleuropas einleiten könnten. Vor allem aber konnten wir auf diesen festen Fundamenten offensiv unser großes Ziel verfolgen: Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen. Auch hier, liebe Freunde, haben wir Wort gehalten. Erste wichtige Schritte waren möglich.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern haben wir beschlossen, 2400 nukleare Sprengköpfe in Europa abzubauen. Dies ist ein einseitiger Schritt, dem die Sowjetunion bis heute nichts entgegengesetzt hat.

Mit unseren amerikanischen Freunden haben wir vereinbart, daß bis 1992 alle chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen werden. Auch hier ist im Osten kein entsprechender Schritt gefolgt.

Für jede Mittelstreckenrakete, die seit 1983 stationiert worden ist, ist eine andere abgebaut worden. Und jetzt, liebe Freunde, stehen wir vor der großen Chance, daß sich die beiden Weltmächte

darauf einigen, die nuklearen Mittelstreckenwaffen drastisch zu reduzieren — und zwar in West und Ost und ohne Einbeziehung der französischen und britischen Systeme.

Wir haben mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, daß im Januar 1984 die Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa in Stockholm beginnen konnte. Diese Konferenz wurde ein Erfolg, und daran haben wir entscheidend mitgearbeitet.

Es ist — sagen Sie das draußen überall im Land — der erste Erfolg für eine Rüstungskontrollvereinbarung seit 1979. Heute liegen die umfassendsten und weitreichendsten Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge von West und Ost auf dem Verhandlungstisch. Wir haben daran in vielfältiger Weise mitgewirkt.

Liebe Freunde, im März 1985 habe ich in meiner Rede auf dem Parteitag in Essen darauf hingewiesen, daß es einen engen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Reduzierung von nuklearen Offensivwaffen und der Notwendigkeit und der Zahl von strategischen Verteidigungswaffen gibt. Dem Abrüstungsvorschlag von Präsident Reagan vom Juli dieses Jahres an Generalsekretär Gorbatschow liegt zum erstenmal dieser Zusammenhang von Offensiv- und Defensivwaffen zugrunde.

Wir haben — ich sage es noch einmal — das vor vier Jahren gegebene Wort gehalten, und wir werden es weiter halten: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Wenn Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow Ende dieser Woche zusammentreffen, werden weitere wichtige Schritte für die Zukunft eingeleitet. Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg unserer verlässlichen Politik.

Vierzehn Jahre lang lag das wissenschaftlich-technische Abkommen mit der Sowjetunion auf dem Tisch. Wir konnten es

jetzt zu einem guten Abschluß bringen. In diesem Monat beginnen die Verhandlungen über ein Umweltschutzabkommen. Wir haben dies alles erreicht, ohne gegenüber irgend jemand willfährig oder gar unterwürfig gewesen zu sein. Wir haben es erreicht, weil wir selbstbewußt, entschlossen und unbeirrt die Entscheidungen getroffen haben, die den Interessen unseres Volkes dienen, und das heißt immer auch, dem Frieden in Freiheit.

Wir haben auch Europa auf dem Weg zur Einigung neuen Schwung gegeben. Lassen Sie mich sagen, und zwar für jedermann hörbar: Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, sind die deutsche Europapartei.

Es entspricht dem Programm, der Tradition, dem Gesetz des Anfangs der CDU, auf dem Weg zur Einigung Europas voranzugehen, auch wenn dies in der Zwischenstrecke Opfer kostet.

Ich war deshalb vom ersten Tag meines Amtsantritts an fest entschlossen, diesen Kurs weiterzusteuern.

Auch in der EG erwarteten uns und auch mich persönlich umfangreiche Aufräumarbeiten. Heute ist die Gemeinschaft wieder handlungsfähig. Das ist für die Bundesrepublik Deutschland lebenswichtig. Bei aller Kritik — es gibt genug Grund zur Kritik — sollten wir immer daran denken: Wir haben den größten Nutzen von dieser Gemeinschaft. Über 50 % unserer Exporte gehen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft und — das ist das Wichtigste, das sage ich auch allen Kritikern — es gibt keine Alternative zur Politik der Einigung Europas.

Ein Zurück in die Enge, in die Begrenztheit nationalstaatlichen Denkens wie im 19. Jahrhundert — das verspricht keine Zukunft.

Um Europa voranzubringen, müssen — auch das ist Vermächtnis Christlicher De-

mokraten — Deutschland und Frankreich zusammenwirken. Wir haben gemeinsam einen Vertragsentwurf für die außenpolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt, der Ende dieses Jahres Wirklichkeit werden soll. Sie alle erinnern sich an die Geste der Versöhnung über den Gräbern von Verdun. Diese Bilder haben uns gezeigt, wie nahe die Völker, die Menschen in Deutschland und Frankreich sich heute stehen.

Für uns als Deutsche ist Europapolitik noch wichtiger als für andere, denn nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung werden wir in freier Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands vollenden können. „In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland,“ so formulierte Konrad Adenauer den deutschen und den europäischen Auftrag am 5. Mai 1955, an dem Tag, an dem die Bundesrepublik Deutschland ihre Souveränität wiedergewann.

Sie erinnern sich: 1983 hat man uns auch für die Deutschlandpolitik Stagnation vorausgesagt, eine neue Eiszeit und vieles mehr. Heute spricht niemand mehr davon. Wir konnten vieles zum Wohle der Menschen erreichen, aber wir wissen auch: Solange es Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gibt, kann von einer Normalität in Deutschland keine Rede sein.

Es geht uns in der Deutschlandpolitik nicht nur um die Beziehungen von Staat zu Staat, es geht uns immer und vor allem um die Begegnung von Menschen. Denn die Freiheit, liebe Freunde, ist und bleibt der Kern der Deutschen Frage.

Ich sage das ganz bewußt auf diesem Bundesparteitag 1986 — in einem Jahr, in dem wir uns daran erinnern, wie vor 40 Jahren in vielen Städten, Orten und Gemeinden die Christlich Demokratische

Union Deutschlands gegründet wurde. Damals — in den Monaten und Jahren nach Krieg und Diktatur — entstand unsere Partei fast gleichzeitig überall: nicht nur in den sogenannten Westzonen, sondern auch in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone. Die freie politische Arbeit der CDU der Gründerjahre wurde dort bald unmöglich. Von 1945 bis 1953 wurden weit über 2 000 unserer Parteifreunde inhaftiert, verurteilt oder in die Sowjetunion deportiert. Viele von ihnen verloren ihr Leben. Wir haben das Opfer der vielen nicht vergessen, und wir werden es auch in Zukunft nicht vergessen.

Als Christlich Demokratische Union Deutschlands vergessen wir nicht, wofür diese Christlichen Demokraten eingetreten sind: Dafür, daß keinem Deutschen Freiheit vorenthalten wird und daß wirklicher Friede erst herrscht, wenn die Menschenrechte in ganz Deutschland geachtet werden.

Liebe Freunde, wir haben in diesen vier Jahren hart und auch erfolgreich gearbeitet. In den kommenden Wochen und Monaten ist es unsere Pflicht, die Pflicht eines jeden an seinem Platz, diese Erfolge und unser Zukunftsprogramm den Wählern, den Bürgern klar und deutlich vorzutragen.

Wir sagen ihnen aber auch, es bleibt bei der Grundphilosophie unserer Politik: Wir setzen auf den Bürger, auf seine Willens-, auf seine Schaffenskraft. Deshalb ist unser Erfolg immer auch der Erfolg aller Bürger. Die Herausforderung der kommenden Jahre wird größer werden als das Abtragen der Erblast. Wir wollen die Zukunft unseres Landes gestalten, das Haus der Bundesrepublik Deutschland auch in den einzelnen Etagen wieder wohnlicher machen. Wir wollen unser Zukunftsprogramm verwirklichen. Dafür haben wir jetzt die Voraussetzungen geschaffen.

Wir, die CDU Deutschlands als die führende Kraft dieser Koalition, haben für dieses Zukunftsprogramm ein festes ethisches Fundament.

Für uns alle — und ich sage dies auch für mich ganz persönlich — ist das „C“ Mahnung und Verpflichtung und — nach meiner Erfahrung — auch eine Chance, um daraus Kraft zu gewinnen.

In wenigen Wochen — erlauben Sie mir dieses persönliche Wort —, im Dezember, ist es 40 Jahre her, seit ich als Schüler mit 16 Jahren Mitglied unserer Partei wurde. Ich stand damals — wie die allermeisten, die zur Union fanden — noch ganz und gar unter dem Eindruck der Unmenschlichkeit der Hitler-Diktatur. Bedrückt hatte viele von uns gerade die Gottlosigkeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit ihren schrecklichen Folgen.

In der CDU fand ich wie viele andere vor allem deshalb eine Heimat, weil von Anfang an insbesondere klar war, daß hier — und ich denke, das ist heute noch genauso — politisches Handeln in der Verantwortung vor Gott gesehen wurde. Vielleicht, liebe Freunde, haben wir das im Alltag und im Getriebe der Tagespolitik manches Mal zu sehr in den Hintergrund gedrängt. Aber gerade im Gesetz dieses Anfangs liegt das eigentliche Selbstverständnis unserer Partei.

Wir haben das in unserem Grundsatzprogramm 1978 neu bekräftigt. Für mich war es immer eine Verpflichtung, daß dieses Programm in meiner Heimatstadt Ludwigshafen verabschiedet wurde.

Liebe Freunde, 110 Tage vor der Bundestagswahl sage ich das mit Ernst und Bedacht: Das Gesicht unserer Partei darf niemals geprägt sein und geprägt werden von bloßer Routine und erst recht nicht von Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit.

Wir dürfen nicht die Sensibilität und Offenheit für die Fragen der Menschen ver-

lieren. Wir müssen uns immer im klaren darüber bleiben, daß uns die Bürger vertrauen auf Zeit geschenkt haben. Nicht um Macht auszuüben und zu herrschen, sondern um zu gestalten und zu dienen — dazu haben wir Regierungsmacht und -mandat.

Und wir wollen uns stets darauf besinnen, weshalb wir Christliche Demokraten sind. Aus christlichem Glauben, liebe Freunde, läßt sich nicht einfach ein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber das christliche Menschenbild bleibt Maßstab unserer Politik.

Die neue Wertediskussion in der Bundesrepublik — sie ist ja nicht zuletzt auch von uns mit eröffnet worden — ist für die CDU eine Chance. Das heißt, wir müssen uns trotz der Belastung durch die Tagespolitik noch stärker den ethischen Fragen und Herausforderungen unserer Zeit zuwenden.

Der Schutz des ungeborenen Lebens verlangt unsere ganze Aufmerksamkeit. Wir konnten jetzt vieles von dem, was wir gern tun wollten und tun würden, nicht erreichen. Wir konnten jedoch erste Schritte einleiten. Einer dieser Schritte war beispielsweise die Stiftung „Mutter und Kind“, die wir weiter ausbauen. Wir brauchen aber allesamt ein noch schärferes Bewußtsein für die Schutzbedürftigkeit des ungeborenen Lebens, und wir müssen alles tun, damit die erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen unter Berufung auf eine soziale Indikation drastisch zurückgeht.

Liebe Freunde, ein geschärftes Wertebewußtsein brauchen wir auch, wo es um immer neue Möglichkeiten in der Gentechnologie geht. Wir werden nicht zulassen, daß der Mensch zum Gegenstand genetischer Manipulationen herabgewürdigt wird.

Gefordert sind wir als Christliche Demokraten auch überall dort, wo Menschen-

rechte verletzt werden. Eine entschiedene Politik gegenüber diktatorischen Machthabern — ganz gleich, welcher Farbe und Ideologie — und tatkräftige Solidarität mit ihren Opfern sind für uns auch in Zukunft selbstverständlich.

Liebe Freunde, das ist auch der Geist und die Verpflichtung, aus der heraus wir die aktuellen Asylprobleme besprechen und angehen wollen. Für uns ist ganz selbstverständlich, und das kann gar keine Frage sein: Unsere Türen bleiben offen für diejenigen, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt werden und um Leben und Gesundheit bangen müssen. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ — dieser Satz unseres Grundgesetzes gilt und wird nicht angetastet.

Auch den Menschen in der Welt, die hungern oder wirtschaftliche Not leiden, wollen und müssen wir helfen. Aber die beste Hilfe für diese Menschen ist die Hilfe vor Ort. Wir Deutschen stehen hier in einer besonderen Pflicht; denn auch uns wurde in der Stunde der Not geholfen, als Hunger und Elend in Deutschland zum Alltag gehörten.

Die Bundesrepublik Deutschland gibt auch in diesem Jahr aus Steuermitteln für Entwicklungshilfe mehr aus als der gesamte Warschauer Pakt einschließlich der Sowjetunion. Hinzu kommen die zahlreichen privaten Spenden der vielen Hilfswerke, nicht zuletzt der großen Hilfswerke der Kirchen.

Ich darf hier auf dem Parteitag daran erinnern, daß auch wir als Partei, als CDU, eine große Entwicklungshilfe-Aktion durchführen. Bisher wurden fast 5 Millionen DM gesammelt, und viele Kreisverbände haben Projekt-Patenschaften übernommen. Liebe Freunde, das „C“ in unserem Parteinamen erinnert uns immer wieder daran, daß für uns auch der Fernste stets ein Nächster ist.

Und so sage ich aus Überzeugung: Die Deutschen sind nicht ausländerfeindlich. Aber die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Deshalb gebieten wir dem Mißbrauch unseres Asylrechts durch kriminelle Schlepperorganisationen **Einhalt.**

Wir wollen diese Diskussion offen, sensibel und in der Verpflichtung zur Mitmenschlichkeit auch im Wahlkampf miteinander führen.

Liebe Freunde, wir in der Union bleiben unseren Grundwerten treu, ohne in Dogmatismus zu erstarren. Wir sind fähig zum Wandel, ohne vor dem Zeitgeist zu kapitulieren: selbstbewußt, wo es gilt, Probleme anzupacken, und — ich sage dies bewußt — auch demütig vor dem Auftrag der Geschichte.

Die Bürger werden am Wahltag nicht nur über unsere Bilanz entscheiden. Sie werden uns fragen: Was geschieht mit unserem Vertrauensvotum für euch in der Zukunft? Mit diesem Parteitag wollen wir eine breite Zukunftsdebatte eröffnen, und wir laden alle ein, die guten Willens sind, mit uns darüber nachzudenken, was für die Zukunft unseres Landes zu tun ist.

Ich will heute **acht Punkte** nennen, die dabei für uns im Vordergrund stehen:

1. Wir wollen noch bessere Zukunftschancen für die Familie; denn sie bleibt das Fundament einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

In den letzten Jahren konnten wir die Weichen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft stellen. Unsere Gesellschaft braucht das Verständnis, die Geduld, ja, die Kinderliebe der Erwachsenen. Bürgerinitiativen gegen Kinderspielflächen vor der Haustür — auch das gibt es in der Bundesrepublik.

Ich finde es schlimm, wenn lachende und spielende Kinder vor allem als ruhestörend empfunden werden.

Wer von Kindern spricht, muß auch an die Eltern und besonders an die Mütter, an die Frauen, denken. Wir wollen den Frauen neue Wege in Familie und Beruf eröffnen. Unsere Lebenswelt und die Gesetze, die dort gelten, müssen sich mehr auf die Lage und die Anliegen der Frauen einstellen.

Wir Christlichen Demokraten haben in der Politik für die Frauen ein neues Kapitel aufgeschlagen. Wir engagieren uns mit Kraft für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Lebensalltag.

Vor allem die Tarifpartner sind gefragt, wenn es darum geht, familienfreundlichere Arbeitszeiten oder ein größeres Angebot an Teilzeitarbeit einzuführen. Auch der Staat als Arbeitgeber in Bund, Ländern und Gemeinden ist gefragt, etwa wenn es um einen Beitrag dazu geht, flexiblere Öffnungszeiten von Behörden und Verwaltungen zu ermöglichen.

Frauen, die im Berufsleben stehen oder dorthin zurückkehren, brauchen bessere Chancen. Unser Versicherungs- und Rentenrecht muß die Arbeit in der Familie noch mehr als bisher berücksichtigen.

Liebe Freunde, ob eine Frau berufstätig ist oder nicht, ist ihre ganz persönliche Entscheidung, die wir zu respektieren haben.

Wir brauchen die berufstätige Frau, und wir brauchen jene Frauen, die sich ganz dem Haushalt und der Kindererziehung widmen. Wer ihre Leistungen herabsetzt, der ist herzlos und überheblich.

Das Ja zum Kind ist eine höchstpersönliche Entscheidung eines jeden Ehepaares. Aber der Staat, die Gesellschaft, wir alle haben die Pflicht zur Solidarität: gegenüber dem Kind, gegenüber der Mutter und gegenüber der Familie.

Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft, weil Kinder unser Leben bereichern und dem Land menschliche Wärmespenden, aber auch weil die Zukunft der Deutschen, die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland davon abhängt.

Wir werden deshalb in der nächsten Legislaturperiode das Erziehungsgeld ausbauen, das Kindergeld für kinderreiche Familien anheben und Kinderfreibeträge wie Kindergeldzuschlag weiter erhöhen.

Das sind materielle Verbesserungen, aber, liebe Freunde, es geht um viel, viel mehr: Wenn Kinder und Familien Vorfahrt haben sollen, dann sind alle Bürger und alle Organisationen der Gesellschaft angesprochen.

2. Wir stellen uns auf den tiefgreifenden Wandel im Altersaufbau unseres Landes ein.

Der Geburtenrückgang der letzten 20 Jahre führt dazu, daß der Anteil der Älteren an der Bevölkerung ständig zunimmt. So gewinnt eine Frage an Bedeutung, die sich an uns alle richtet: Ältere Menschen wollen und dürfen nicht ins Abseits abgeschoben werden. Wir alle sollten mehr auf sie zugehen und eingehen.

Liebe Freunde, alle großen Kulturen der Weltgeschichte haben Sinn für Würde, Weisheit und Erfahrung des Alters. Wir wollen die Lebenserfahrung der Älteren besser nutzen.

Dazu gehört, daß wir fähig sind, die starren Grenzen des Ruhestandes aufzulockern. Wer gern möchte und sich gesund und fit fühlt, der soll auch länger arbeiten können — und dann natürlich auch eine höhere Rente erhalten.

Es geht auch darum, die Erfahrung des Alters für die politische Arbeit zu nutzen.

Die Christlich Demokratische Union wird auf ihrem nächsten Parteitag als erste deutsche Partei eine eigene Vereinigung für die Senioren begründen.

Ich verspreche mir davon viele Impulse, auch in die eigene Partei hinein.

Liebe Freunde, der demographische Wandel macht auch eine Strukturreform der Rentenversicherung notwendig. Wir werden sie in der nächsten Legislaturperiode in Angriff nehmen. Ich denke, es wäre gut, wenn alle demokratischen Parteien bei dieser wichtigen Aufgabe zusammenwirken würden. Ich will die Sozialdemokraten hier heute ausdrücklich dazu einladen.

Für uns gelten bei der Bewältigung dieser Zukunftsaufgabe einige zentrale Grundsätze: Der 3-Generationen-Vertrag ist und bleibt das Fundament einer sicheren Rente. Wir wollen bei der anstehenden Reform dem Anliegen aller drei Generationen Rechnung tragen.

Den Rentnern sagen wir: Die Rente ist und bleibt Alterslohn für Lebensleistung. Eine Einheitsrente kommt für uns nicht in Frage.

Wir wollen auch im Rahmen des Möglichen sicherstellen, daß die verfügbaren Einkommen von Rentnern und Beschäftigten jeweils in gleichem Maße steigen.

Den Beitragszahlern sagen wir: Die Belastungen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben, dürfen nicht allein auf ihren Schultern ruhen. Und vor allem: Die Höhe der Beiträge bleibt Maßstab für die Höhe der späteren Rente.

Und den jungen Menschen sagen wir: Wir wollen gemeinsam mit Ihnen eine sichere und leistungsgerechte Rente auch für die Zukunft garantieren. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Zukunftssicherung der jungen Generation.

3. Mit einer großen Steuerreform werden wir Eigeninitiative und Leistung fördern.

Liebe Freunde, unseren Wohlstand verdanken wir nicht großen Rohstoffvorkommen, sondern allein dem Fleiß, der Schaffenskraft und dem Einfallsreichtum der Bürger unseres Landes.

Für die Zukunft unseres Landes, für die Dynamik unserer Gesellschaft ist es deshalb von entscheidender Bedeutung, daß der Leistungswille der Menschen angemessen belohnt wird.

In der Vergangenheit hat sich bei uns ein Steuersystem entwickelt, das, wie jeder weiß, dem Staat zuviel gibt und dem Bürger zu wenig läßt. So werden im Alltag die Tüchtigen, die Redlichen, die Ehrlichen bestraft und diejenigen belohnt, die Schleichwege finden und die Gemeinschaft hintergehen.

Liebe Freunde, eine Gesellschaft, die einen solchen Zustand tatenlos hinnimmt, kann Zukunftsaufgaben nicht bewältigen. Deshalb ist diese Steuerreform nicht einfach eine finanztechnische Frage, sondern eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit ersten Ranges. Wer mehr arbeitet, mehr investiert, mehr leistet und sich auch mehr plagt, der hat einen moralisch berechtigten Anspruch, dafür auch einen gerechten Lohn und Gewinn zu erhalten.

Das Thema heißt: „Leistung muß sich wieder lohnen.“ Um die große Mehrzahl der Steuerzahler zu entlasten, wollen wir einen durchgehenden linear-progressiven Einkommensteuertarif einführen und zugunsten der kleinen Einkommen den Grundfreibetrag erhöhen. Die Belastung der Familien wollen wir mit einer Erhöhung der Kinderfreibeträge und der Kindergeldzuschläge ausgleichen. Dazu besteht die Notwendigkeit, eine Senkung der im internationalen Vergleich viel zu

hohen Unternehmensbesteuerung vorzunehmen.

Liebe Freunde, das hört sich sehr gut an, aber dies alles wird nur möglich sein, wenn wir auch den Mut zum Abbau von Subventionen aufbringen.

Das heißt, wenn wir in über einem Jahr, in zwölf Monaten in diese Debatte eintreten, dürfen wir nicht nur leidenschaftlich die Subventionen des anderen oder der anderen Gruppe abbauen wollen, sondern wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Diese Steuerreform wird uns auch Gelegenheit geben, ein weiteres Ärgernis anzugehen: Unser Steuersystem ist zu kompliziert und für immer mehr Bürger immer weniger verständlich. Unser Ziel muß sein, ein einfacheres, verständlicheres Steuersystem mit immer weniger Ausnahmen zu finden.

Denn auch das gilt: Je komplizierter und undurchsichtiger ein Steuersystem ist, desto ungerechter wirkt es. Denn die, die die Möglichkeit dazu haben, können in der Regel alles ausschöpfen, und viele, die dabei nicht mithalten können, werden ungerecht behandelt. Deshalb ist eine Steuerreform immer auch eine soziale Aufgabe.

Wer über Steuerreform spricht, muß über die Lohnnebenkosten sprechen. Dabei sind wir beim Thema einer grundlegenden Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung. Nicht kostentreibendes Verhalten, sondern Sparsamkeit muß belohnt werden.

Liebe Freunde, was ich hier eben vom Kampf der Gruppen im Blick auf Subventionen sagte, gilt auch für diesen Bereich. Man braucht kein Prophet zu sein: Wenn wir in zwölf Monaten über diese beiden großen Themen diskutieren, dann braucht es viel Solidarität — ja, ich gehe weiter: viel Mitmenschlichkeit — in unserer Partei.

4. Wir wollen mehr Flexibilität in unserer Arbeitswelt und neue Chancen für eigene Lebensgestaltung.

Mit dem Wirtschaftsaufschwung haben wir die Wende auch auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt. Die Beschäftigung nimmt zu, die Arbeitslosigkeit nimmt ab. Wir übersehen dabei überhaupt nicht, daß noch eine wichtige Wegstrecke vor uns liegt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt noch auf absehbare Zeit unsere wichtigste innenpolitische Zukunftsaufgabe.

Dabei, liebe Freunde, sind wir zu einer vernünftigen, wenn möglich guten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bereit. Ich sage bewußt: mit den Gewerkschaften. Denn in einer Gesellschaft, in der Pluralismus herrscht, herrscht natürlich auch bei den Gewerkschaften Pluralismus. Da gibt es den DGB, die DAG, die christlichen Gewerkschaften und den Deutschen Beamtenbund — um nur einige zu nennen. Wir sind zu guter Zusammenarbeit bereit, zu vernünftiger Zusammenarbeit. Das gilt auch für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Nur sind Beziehungen dieser Art nie eine Einbahnstraße.

Wer — ich schaue dabei Ernst Albrecht an — auf die Verleumdung, ja, auf die Volksverhetzung zurückblickt, die von einigen Repräsentanten und Gruppen des DGB vor der Niedersachsenwahl betrieben wurde, muß sagen: Das ist für uns gänzlich untraglich. Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen.

Manche in der Führung des DGB oder der Einzelgewerkschaften haben uns im Blick auf den Januar einiges in Aussicht gestellt. Nun, meine Damen und Herren, mich reizt das alles nicht sonderlich. Auch beeindruckt mich dies alles nicht sonderlich. Wir hatten schon einmal in

der Geschichte unserer Republik den Aufruf: Wählt einen besseren Bundestag! Heraus kam ein phantastisches Wahlergebnis für die Union.

Ein Bundesbürger, der die Parole „Wählt einen besseren Bundestag“ hört und gleichzeitig das DGB-Flugblatt zur Neuen Heimat in der Hand hat, weiß, was er zu wählen hat.

Aber bei aller Bereitschaft zur kämpferischen Auseinandersetzung bleibe ich dabei: Für den Staat, für die Gesellschaft, für uns alle ist es wichtig, daß wir starke Unternehmerverbände und starke Gewerkschaften haben. Die müssen die Tarifhoheit ausüben. Damit sind wir in den letzten Jahrzehnten gut gefahren.

Gerade zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme brauchen wir diese Gemeinsamkeit, weil wir mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung erreichen wollen. Das bringt wirtschaftliche Vorteile und erleichtert es den Betrieben, neue Mitarbeiter einzustellen, statt einen Auftrag über Überstunden abzuwickeln.

Gleichzeitig wollen heute mehr Menschen ihren Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Wir wollen deshalb den Wirrwarr von Geboten und Verboten durch eine Vielfalt von Angeboten ersetzen, auch durch neue Spielräume zur persönlichen Lebensgestaltung.

Als christliche Demokraten sind wir dabei in ganz besonderem Maße angesprochen. Denn wir wissen: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Er braucht Heimat, nicht nur im örtlichen Sinne, sondern auch im besten Sinne des Verständnisses von geistiger Heimat.

Die Menschen suchen immer mehr nach sinnvollen Beschäftigungen außerhalb der Erwerbsarbeit, außerhalb herkömmlicher Freizeitgestaltung. In unserem Verständnis sollten dabei zwei Bereiche im

Vordergrund stehen: soziales Engagement und Dienst am Nächsten einerseits und das weite Feld der kulturellen Selbstentfaltung andererseits.

Liebe Freunde, unsere demokratische Ordnung lebt vom uneigennützigem Einsatz der Bürger. Dabei werden in zahlreichen Fällen viel menschlichere Lösungen gefunden, als wenn der Staat mit seiner ganzen Macht in Aktion tritt. Wir wollen auch in Zukunft das ehrenamtliche Engagement in seiner ganzen Vielfalt fördern.

Immer mehr Menschen sind bereit, ihre Freizeit und einen immer größeren Teil ihres Einkommens kulturellen Bedürfnissen zu widmen. Durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden die Chancen dazu in rapidem Tempo wachsen. Dieser neuen Freiheit muß eine neue Verantwortung entsprechen.

Ich will hier vor allem unsere Verantwortung für unsere Muttersprache unterstreichen. Die Geschichte lehrt, daß die Überlebensfähigkeit von Völkern und Kulturen durch die Sprache gesichert wird. Deshalb werden wir vor allem jenseits unserer Grenzen eine großangelegte Aktion zur Förderung der deutschen Sprache einleiten. Aber auch unsere Schulen haben hier zweifellos ein lohnendes Arbeitsfeld.

5. Wir brauchen den Fortschritt in Wissenschaft und Technik; aber er muß ethischen Maßstäben unterworfen sein.

Als eine der großen Exportnationen der Welt sind wir davon abhängig, daß wir auf den Weltmärkten bestehen. Unsere Wirtschaft ist auf Patente, auf Innovationen und Erfindungen angewiesen. Die Mittel für Forschung und Entwicklung sind von 1982 bis 1985 um 20 Prozent an-

gehoben worden, die Forschungsmittel der deutschen Wirtschaft sogar um 26 Prozent. Allein in diesem Jahr geben wir insgesamt — öffentliche Hand und Wirtschaft — die Rekordsumme von 55 Milliarden Mark für Forschung aus. Wir wollen dabei nicht stehenbleiben; denn Forschungsinvestitionen sind immer Zukunftsinvestitionen.

Die besten Köpfe und Ideen brauchen wir auch deshalb, damit die Not in der Welt — insbesondere Hunger und Krankheit — besser bekämpft werden kann. Wer Fortschritt ablehnt, schließt auch vor dieser Aufgabe die Augen.

Wir wissen: Wissenschaft und Technik haben in der Vergangenheit unser Leben oft erleichtert. Wir müssen freilich in Zukunft mehr denn je darauf achten, daß sich der Fortschritt am Wohle der Menschen orientiert, daß er uns nicht sprichwörtlich über den Kopf wächst.

Auch bei der Bewältigung dieser Zukunftsaufgabe tragen wir heute als Union die Hauptlast. Die Sozialdemokraten haben sich längst abgemeldet: Vom Glauben, alles sei machbar, von einer naiven Fortschrittsgläubigkeit Anfang der 70er Jahre sind sie heute in düsteren Fortschrittspessimismus verfallen.

Für uns, liebe Freunde, ist klar: Die moderne Technik muß dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Sie darf niemals zum Glaubensersatz oder zur Ideologie werden.

Maßstäbe für verantwortungsbewußte Forschung sind: Achtung der Würde des Menschen, Verantwortung gegenüber der Schöpfung und Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen. Hier liegt der Ursprung einer Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation.

Ich plädiere für neuen Mut zur Forschung auf dieser Grundlage. Liebe Freunde, wenn wir uns im heutigen Wissensstand bequem einrichten würden,

hieß das, vor den Herausforderungen des Lebens und den Problemen dieser Welt zu kapitulieren. Das wird niemals unsere Politik sein.

So suchen wir auch nach neuen Wegen in der Energieversorgung. Wir christlichen Demokraten sind nicht für die Kernenergie um ihrer selbst willen. Wir sind heute für ihre Nutzung, weil sie wirtschaftlich und umweltfreundlich ist, weil sie nach unserer Überzeugung in der Bundesrepublik Deutschland auch das höchstmögliche Sicherheitsniveau aufweist.

Wenn wir angemessenen, d. h. sicheren und umweltschonenden Ersatz gefunden haben, können und werden wir auf die Kernenergie verzichten. Wer aber heute aus der Kernenergie einfach aussteigen will, dem sind unsere Wälder offenbar auf einmal gleichgültig und der nimmt auch keine Rücksicht auf Not und Hunger in den Entwicklungsländern.

Bei alledem gilt selbstverständlich der Satz, daß die Sicherheit der Bürger und der Schutz der Gesundheit Vorrang haben müssen vor allen anderen — auch wirtschaftlichen — Überlegungen. Deswegen wollen wir den höchsten Sicherheitsstandard, und zwar nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern, die Kernkraftwerke betreiben, vor allem auch in unseren Nachbarländern. Das war auch der Sinn der internationalen Konferenz zur Reaktorsicherheit, die auf meine Initiative hin vor 14 Tagen in Wien stattfand.

Ich meine, liebe Freunde, bei diesem sensiblen Thema zeigt sich sehr deutlich, worum es in der Politik geht: Die Realitäten und Notwendigkeiten von heute ernst zu nehmen und gleichzeitig die Chancen künftiger Veränderungen entschlossen zu nutzen.

6. Wir erschließen den Bürgern neuen Freiraum und stärken zugleich die Autorität des Staates.

Eine der schwersten Hypothesen, die uns die Sozialisten hinterlassen haben, war eine weitverbreitete Anspruchsmentalität gegenüber dem Staat. Wir haben hier einen wichtigen Wandel eingeleitet. Wir haben klargestellt: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten; wer Ansprüche stellt, der muß auch seinen Beitrag und seine Leistung erbringen wollen.

Die Bürger haben bewiesen, wie gut sie neugeschaffene Freiräume nutzen können. Sie wollen in ihrer großen Mehrheit, daß der Staat auf seine eigentlichen Aufgaben zurückgeführt wird, weil er nur so diese Aufgaben auch wirksam erfüllen kann.

Zu den klassischen Staatsaufgaben zählt die Gewährleistung der Sicherheit des Bürgers nach innen und nach außen.

Dies sage ich auch im Blick auf manche Demonstrationen: Wem der Frieden zwischen den Völkern wirklich am Herzen liegt, der darf im Innern des Landes weder Gewalt dulden noch Gewalt ausüben.

Und ich bitte Sie alle, auch draußen vor Ort, bei solchen Diskussionen immer wieder auch den Beamten unserer Polizei für ihren oft nicht einfachen Dienst zu danken.

Wer den Alltag eines Bereitschaftspolizeibeamten, eines Beamten im Bundesgrenzschutz in Brokdorf oder Wackersdorf oder anderswo erlebt, wer die Pflichterfüllung der Beamten auf den Polizeirevieren erlebt, der weiß, daß wir auch in unserer Sprache mit diesen Mitbürgern freundlicher umgehen sollten.

Zu den gefährlichsten Herausforderungen der freiheitlichen Demokratie gehört der Terrorismus. Auch in der Antwort darauf müssen und wollen wir uns den

Rechtsstaat bewahren. Aber an unserer Entschlossenheit beim Kampf gegen den Terrorismus darf es keinen Zweifel geben, und wir müssen allesamt — alle Länder, die sich zivilisierte Länder nennen — mittun, um diesen Kampf auch international geschlossener führen zu können.

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland wollen einen Staat mit Autorität, einen Staat, der ihre Freiheit schützt und respektiert. Sie wollen nicht den Bevormundungsstaat, der Autorität mit autoritärem Gehabe verwechselt. Das lehnen wir mit der großen Zahl unserer Mitbürger entschieden ab.

Diese selbstbewußte Einstellung gegenüber dem Staat hat auch ihre Ursache in einer großartigen Renaissance privater Initiativen und bürgerschaftlichen Möglichkeiten. Das ist ein entscheidendes Zukunftskapital für unsere freiheitliche Gesellschaft.

7. Wir engagieren uns auch künftig für Frieden in Freiheit und für mehr Gerechtigkeit in der Völkergemeinschaft.

Liebe Freunde, wir brauchen in unserem Volk ein neues und ein stärkeres Bewußtsein für die Rolle und die Verantwortung, die die Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik übernehmen muß. Wir müssen uns gegen jede Form des Provinzialismus wenden, der durchs Land zieht und glaubt, wir könnten in Frieden und Freiheit leben, wenn wir nur unsere eigenen Dinge in Ordnung halten.

Die Welt, in der wir leben, wächst immer enger zusammen. Dies erhöht unsere Betroffenheit und Abhängigkeit von internationalen Veränderungen, von regionalen Krisen, aber auch von währungspolitischen, von weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Zugleich erfahren wir, daß

wichtige innenpolitische Aufgaben wie Umweltschutz, Terrorismus-Abwehr, Drogenbekämpfung nur noch grenzüberschreitend lösbar sind.

Wir Deutsche können uns deshalb nicht als eine Insel der Glückseligkeit verstehen — als ein Volk, das sich aus internationalen Bindungen und Verpflichtungen heraushält, als eine Zone möglichst frei von allen Waffensystemen und Soldaten, als ein Land, das immer mehr nach draußen verkaufen will und muß, das aber vor internationaler Verantwortung zurückscheut. Wer dies will — wie die GRÜNEN und starke Kräfte der SPD —, der zerstört weltweit das Vertrauen in die Friedensfähigkeit und in die Verantwortungsbereitschaft der Deutschen.

Über 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und nach dem Ende der Barbarei der Nationalsozialisten werden wir uns als Deutsche künftig noch stärker für eine aktive und weltweite Außenpolitik engagieren müssen. Unser internationales Gewicht, liebe Freunde, bestimmt sich dabei zuallererst und immer durch die innere Stabilität unseres Landes.

Wenn wir innenpolitisch erfolgreich sind, hilft uns das auch in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Dabei ist klar: Die Wertegemeinschaft westlicher Demokratien ist unsere Heimat. Eine Äquidistanz zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Einparteiherrschaft kann und darf es für die Bundesrepublik Deutschland niemals geben.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Freunden ist ein wichtiges Kapitel, das wir bei der Wahrung unserer Interessen einbringen können.

Dieses Kapital ermöglicht uns Einfluß, Mitwirkung und Mitgestaltung. Es erhöht unsere Chance, deutschen und europäischen Interessen im globalen West-Ost-

Dialog die nötige Geltung zu verschaffen. Liebe Freunde, das heißt auch — das ist nicht anders als in unserer eigenen Partei —: Freunde müssen nicht immer der gleichen Meinung sein, aber sie müssen sich aufeinander verlassen können und vor allem auch nach außen zusammenstehen. Keine Freundschaft — das gilt auch für die Freundschaft und Partnerschaft zwischen Staaten — verträgt auf die Dauer besserwisserische Nörgelei und fortdauernde öffentliche Herabsetzung des anderen.

Ich sage das auch an die Adresse führender deutscher Sozialdemokraten und nehme ein Beispiel auf, das Bernhard Vogel hier eingeführt hat: Wer bei fast jeder Demonstration gegen die Vereinigten Staaten in der ersten Reihe mitmarschiert und protestiert, hat sich vom Bündnis in Tat und Wahrheit längst abgesetzt und die Freundschaft gekündigt.

Wir erleben heute einen amerikanischen Partner, der neues Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein entwickelt hat. An uns Europäer, auch an uns Deutsche, richtet sich immer dringlicher die Anfrage nach verstärkten Beiträgen zur europäischen Verteidigung, zu internationalen Konfliktlösungen. Das sollte uns — und hier muß man doch auch fair sein gegenüber den Freunden — 41 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und auch angesichts der inneren Probleme der USA gewiß nicht überraschen.

Wir müssen darauf Antworten finden — im nationalen Maßstab wie im Konzert unserer europäischen Partner. Dies erfordert neue Dimensionen des Denkens in der Außen- und Sicherheitspolitik unserer Länder in Europa: mehr Zusammenarbeit, bilateral und multilateral, mehr Arbeitsteilung zwischen Europa und den USA — nicht in Alternative zu den Vereinigten Staaten, sondern gemeinsam als Partner und Freunde.

Meine Damen und Herren, auch die sowjetische Politik spiegelt unter der Führung von Generalsekretär Gorbatschow neue Dynamik wider. Sie richtet sich mit neuen Initiativen nicht nur an die Adresse der USA, sondern auch an Westeuropa, Japan, China, Indien und an andere politische Machtzentren. Generalsekretär Gorbatschow hat große Anstrengungen im Inneren des Landes angekündigt. Diese sowjetische Politik enthält Risiken, aber auch Chancen für mehr Verständigung, Zusammenarbeit und vor allem für wichtige Ergebnisse im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sie kann darüber hinaus zu einer engeren Kooperation zwischen west- und osteuropäischen Staaten führen.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, und wir als Christliche Demokraten werden auf der Grundlage unserer nationalen und Bündnisinteressen jede Chance nutzen, um die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn — wenn möglich, auf allen Ebenen — konstruktiv zu entwickeln.

Je besser sich die Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten gestalten, desto größer ist der politische Bewegungsspielraum der Europäer in West und Ost — und damit immer auch der deutsche. Wir werden deshalb alle Kräfte dafür einsetzen, daß der im November 1985 mit dem Genfer Gipfel in Gang gekommene Prozeß der Verständigung, wie er jetzt zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in dieser Woche in Reykjavik fortgeführt wird, konstruktiv auf allen Ebenen erhalten bleibt.

Liebe Freunde, Frieden in Freiheit — das ist heute noch vor allem ein Thema zwischen West und Ost. Aber immer mehr wird sich auch die Frage nach einem gerechten Interessenausgleich zwischen Nord und Süd in den Vordergrund schieben. Das konnte ich bei meinen gezielten

Besuchen in Ländern wie Mexiko und Argentinien, Indien und China beobachten.

Unsere Beziehungen zu neuen politischen Machtzentren der Dritten Welt müssen über Wirtschafts- und Entwicklungshilfe hinausgehen. Wir brauchen den breiten politischen Dialog auch in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dabei streben wir die politische Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern an. So wollen wir auch einen guten Rahmen schaffen für wirtschaftliche und technologisch-wissenschaftliche Kooperation, die beiden Seiten nützt.

8. Wir wollen das freie und geeinte Europa — auch, weil darin die Zukunft der deutschen Nation eingebettet ist.

Wenn wir als Europäer weltweit unser Gewicht zur Geltung bringen und unserer Verantwortung gerecht werden wollen, müssen wir lernen, mit einer Stimme zu sprechen. Ein freies Europa, das seine Kräfte bündelt, ist eine großartige Perspektive. Es könnte ein stabiler Verbündeter der USA sein, ein selbstbewußter Partner der Sowjetunion und für die meisten Länder der Dritten Welt endlich die gewünschte Alternative zu den bestehenden Weltmächten. Ein freies und geeintes Europa kann sich zu einem neuen Zentrum der internationalen Politik entwickeln.

Die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Bündnismitgliedern bestimmt sich auch in Zukunft, liebe Freunde, ausschließlich nach dem Gewicht, das die Europäer in die internationale Politik einbringen, und nach dem Beitrag, den die Europäer, also auch die Deutschen für die gemeinsame Sicherheit leisten.

Für unsere Nachbarn im Osten — und das sind alles alte europäische Länder, Menschen mitten in Europa — wird ein geeintes und freies Europa große Ausstrahlungs- und Anziehungskraft als ein Modell für das friedliche Zusammenleben der Völker entwickeln.

320 Millionen Europäer in der Europäischen Gemeinschaft heute: Das ist zugleich, wirtschaftlich gesehen, der größte Markt in der Welt. Und deshalb bietet der Beschluß des Europäischen Rates vom letzten Dezember in Luxemburg, bis 1992 den gemeinsamen Binnenmarkt zu verwirklichen, so große Zukunftschancen, vor allem auch für die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Einigung Europas voranzubringen und die Rechte der Bürger zu stärken, das läßt sich nicht trennen. Deshalb muß die Vertretung der Bürger Europas, das Europäische Parlament, mehr Kompetenzen erhalten; denn dieses geeinte Europa braucht immer eine demokratische Legitimation.

Die europäische Idee muß wieder unsere Leidenschaft bewegen können. Gerade uns Deutschen bietet sich die historische Chance, die Einheit Deutschlands in der Einheit Europas zu vollenden. Wer gegen dieses große Ziel nur Bedenken vorbringt, der hat nie verstanden, wie viel der Wille eines Volkes in der Geschichte bewegen kann.

Daß das ganze Deutschland, liebe Freunde, das ganze Deutschland in einem freien Europa seine Heimat findet — diesem Ziel bleiben wir uns auch in Zukunft verpflichtet.

Deshalb wird es, so lange es die Christlich Demokratische Union in Deutschland gibt, keine Zustimmung zu Bestrebungen geben, die Präambel unseres Grundgesetzes zu ändern.

Wir haben nicht das Recht — niemand hat das Recht —, den Anspruch auf

Selbstbestimmung für alle Deutschen einfach aufzugeben. Im Gegenteil, liebe Freunde, gerade weil uns nach 1945 die Chance der Freiheit geschenkt wurde, haben wir die moralische Pflicht, den Freiheitsanspruch unserer Landsleute zu unterstützen, die damals gänzlich unverschuldet in neue Unterdrückung geraten sind.

So bleibt die deutsche Frage offen, bis alle Deutschen die Chancen der Freiheit erhalten.

Dies war, ist und bleibt das Fundament unserer Deutschlandpolitik. Wir werden mit der Führung der DDR alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen ausloten. Dabei vergessen wir niemals, daß wir es mit den Repräsentanten einer kommunistischen Diktatur zu tun haben.

Wir bleiben bei unserer Politik, die nach menschlichen Erleichterungen strebt, um die Teilung für die Menschen erträglicher zu machen. Aber wir finden uns mit dieser Teilung nicht ab, sondern wir bekennen uns zur Einheit der Nation. Dabei, liebe Freunde, genügt es nicht, das einmal im Jahr bei einer Feierstunde am 17. Juni zu tun. Das muß Bestandteil unseres politischen Denkens bleiben!

Deshalb freuen wir uns, daß allen schlimmen Prognosen von einer neuen Eiszeit, von einem Raketenzaun zum Trotz, die wir doch gehört haben — 1982, 1983, 1984 — in diesem Jahr, wenn ich die Zahlen bis Ende Dezember hochrechne, etwas mehr als 200 000 Landsleute aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik zu Besuch kommen: Viele von ihnen — und Sie können sie heute und morgen auf den Straßen und Plätzen von Mainz finden — zum ersten Mal in ihrem Leben, viele von ihnen voller Hoffnung, daß wir im Wohlstand den Gedanken an die Zukunft der Einheit der Nation nicht aufgegeben haben, viele von ihnen aber auch mit fra-

genden Augen und mit dem Willen, ihre Erfahrungen an uns weiterzugeben. Meine Hoffnung ist, daß diese 200 000 Landsleute, die aus der DDR zu uns kommen, viele Hunderttausende in der Bundesrepublik veranlassen, endlich einmal selbst nach dort zu fahren, um dort Erfahrungen zu sammeln.

Natürlich weiß ich um die finanziellen Probleme, um Umtauschquote und dies alles. Aber lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen, und ich richte dies an jeden: Wenn ich sehe, wofür in unserem Land oft Geld ausgegeben wird, so denke ich, es muß doch möglich sein — und wir alle sind gefordert —, daß in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland darüber nicht nur diskutiert, sondern auch gehandelt wird und möglichst viele Klassen hinüberfahren, bevor sie nach Paris, Rom oder anderswohin reisen, hinüberfahren nach Leipzig, nach Dresden, nach Weimar und nach Halle, eben Deutschland erleben und auch in der DDR — mitten in Deutschland — Geschichte und Alltag unseres Volkes zur Kenntnis nehmen.

Liebe Freunde, wir haben Grund, auf unsere Erfolge stolz zu sein. Aber erfolgreich konnten wir nur sein, weil unsere Bürger ein Bündnis zur Erneuerung unseres Landes mit uns eingegangen sind. Ich bin ganz sicher, daß die Wähler unsere Arbeit richtig bemessen. Sie werden nicht denen glauben, die den Karren in den Dreck gefahren haben und die zu allen wichtigen Zukunftsfragen die Antworten von gestern oder gar vorgestern anbieten.

Wir versprechen auch vor dieser Wahl nicht allen alles. Aber wir versprechen unserem Volk, zu bewahren, was es mühsam gemeinsam erarbeitet hat.

Wir haben das Steuer vor vier Jahren übernommen und es gegen viele Widersacher und Widerstände herumgeworfen.

Heute stehen wir mitten in einem Abschnitt der Gesundung und Konsolidierung in Staat und Gesellschaft, in einer neuen Aufbruchphase europäischer Gesinnung und atlantischer Partnerschaft.

Als Konrad Adenauer 1953 den Wahlkampf eröffnete — auch damals ging es um die Durchsetzung einer wegweisenden Politik —, beschrieb er — und ich zitiere ihn — „den Rohbau, den wir ausgeführt haben, die Pfosten, die wir gesetzt haben, die Außenmauern, die wir gebaut haben, das Dach, das wir darüber gesetzt haben, damit das deutsche Volk wieder eine Behausung hatte“. Auf dieser Grundlage stellte er dann den „inneren Ausbau“ in Aussicht.

Wer, liebe Freunde, denkt bei diesem Zitat nicht an die Lage, in der wir uns heute befinden? Wieder ist es die Union, die ein Werk des Aufbaus und der Gestaltung zu leisten hat. Aber aus dieser historischen Verantwortung können wir Kraft für die Aufgaben und die Schwierigkeiten schöpfen, die vor uns liegen.

Bei der Richtungsentscheidung am 25. Januar geht es um die Zukunft Deutschlands, und das ist immer die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Sie wollen offene Tore in die Welt, sie wollen eine faire Chance, mit der sie selbst durch ihr Tun und ihre Leistung ihr Glück finden können. Es ist eine großartige junge Generation, für die es sich zu arbeiten, ja, zu kämpfen lohnt.

So, liebe Freunde, gehen wir selbstbewußt in diesen Wahlkampf. Wir haben alle Chancen, wenn wir um jede Stimme kämpfen.

Wir wissen, was auf dem Spiel steht. Die Wähler wissen, was auf dem Spiel steht. Deutschland, unser Vaterland, braucht unsere Tatkraft, unsere Zuversicht, unseren Mut. Tun wir unsere Pflicht!

Bernhard Vogel:

Nur wenn wir kämpfen, werden wir auch den Sieg erringen

Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren Delegierte des 34. Bundesparteitages der CDU! Liebe Freunde! Ich wünsche Ihnen allen einen guten Aufenthalt in Rheinland-Pfalz und uns einen erfolgreichen Parteitag. Ich begrüße Sie alle. Aber ganz besonders begrüße ich zwei Delegierte dieses Parteitages. Ich begrüße die Delegierten Helmut Kohl und Heiner Geißler.

Ich begrüße den Bundesvorsitzenden Bundeskanzler Dr. Kohl und den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Heiner Geißler. Beide sind Delegierte des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, und beide führen die Liste zur Bundestagswahl unseres Landes an. Das zeigt, meine Freunde, die starke Verbundenheit der CDU von Rheinland-Pfalz mit der Bundespartei. Wir sagen das mit ein wenig Stolz, aber wir sagen es ausdrücklich auch mit der Verpflichtung, in besonderem Maße Solidarität gegenüber der Gesamtpartei zu üben.

Schon einmal fand ein Bundesparteitag der CDU in Mainz, in dieser Halle hier, statt, nämlich im November 1969. Wir hatten zuvor zwar nicht die Bundestagswahl, wohl aber die Regierung verloren. Es war der Beginn eines schweren und langen Weges für die Union.

1978 war die Union zum zweiten Mal mit einem Bundesparteitag in unserem Lande zu Gast. Im Oktober 1978 haben wir in Ludwigshafen, der Heimatstadt unseres Bundesvorsitzenden, das Grundsatzprogramm der CDU beschlossen und damit

das Fundament für unsere heutige Arbeit gelegt.

Vor vier Jahren, am 1. Oktober 1982, ist Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt worden. In diesen vier Jahren haben wir viel erreicht; mehr, meine Freunde, als wir vor den Wahlen versprochen hatten.

Ich meine, die Bilanz, die wir ziehen können, ist gut. Aber die Wähler fragen nicht nur nach der Bilanz, sondern sie fragen vor allem nach unseren Antworten auf die Fragen von heute und morgen. Deswegen ist mein Wunsch für diesen Parteitag, daß wir Profil zeigen, daß unsere Antworten klar und eindeutig sind und daß wir uns auf die Auseinandersetzungen der nächsten vier Monate vorbereiten.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen, daß die Koalition aus CDU/CSU und FDP ihre Arbeit fortsetzen kann. Wir wollen, daß Helmut Kohl der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland auch für die Zukunft ist. Das ist unser Ziel.

Meine lieben Freunde: Fortsetzung der Koalition, Helmut Kohl Bundeskanzler, das ist die entscheidende Aufgabe. Und demgegenüber sind alle anderen Fragen, personelle und sachliche, so interessant sie auch sein mögen, zweitrangig. Es kommt in erster Linie darauf an, daß die Regierung weiterarbeiten und daß Helmut Kohl Bundeskanzler bleiben kann.

Die Union, die ja ein relativ schwieriges Seelenkostüm zu tragen pflegt, ist in guter Verfassung. Wir spüren es, man spürt es hier: Unsere Mitglieder sind guter Stimmung. Und in der Tat, meine Freunde,

Optimismus und Siegeszuversicht sind angebracht. Aber niemandem wird etwas geschenkt. Siege müssen erkämpft werden, nur dann werden sie auch errungen.

Meine Freunde, die Wähler draußen müssen spüren, daß wir entschlossen sind, zu kämpfen, daß wir uns anstrengen, daß wir uns um die Zukunft bemühen. Stimmung ist wichtig, aber Stimmen sind wichtiger.

Gewonnen wird diese Wahl nicht durch eine Umfrage, gewonnen wird sie nicht am 7. Oktober 1986, sondern am 25. Januar 1987. Fleiß und Beharrlichkeit, Überzeugungskraft und Phantasie sind erforderlich. Nur wenn wir den Sieg erkämpfen, werden wir den Sieg auch erringen, meine Freunde.

Wir Rheinland-Pfälzer werden wie wir alle mit ganzer Kraft für die Bundestagswahl kämpfen. Aber, meine Freunde, damit wir die großen vor uns liegenden Aufgaben bewältigen können, brauchen wir nicht nur die Mehrheit im Bundestag; wir brauchen auch eine Mehrheit der unionsgeführten Länder im Bundesrat. Am Sonntag wählt Bayern. Im November wählt Hamburg. Am 17. Mai 1987 wählt Rheinland-Pfalz. Im Herbst 1987 folgt Schleswig-Holstein.

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sind für diese Mehrheit im Bundesrat wichtig. Deswegen bitte ich Sie alle, uns zu helfen, daß wir auch unsere Wahlen siegreich bestehen.

Was Rheinland-Pfalz betrifft: Die Union führt dieses Land seit 40 Jahren. Meine Freunde, das ist in der Union in Deutschland ohne Beispiel. Nicht einmal die Bayern haben das geschafft. Wir Rheinland-Pfälzer bereiten uns auf das fünfte Jahrzehnt der Führungsverantwortung vor, und wir sind guten Mutes, daß uns diese Führungsverantwortung wieder übertragen wird; denn wir haben eine hervorragende Bilanz, wir haben ein überzeugendes

Programm für die Zukunft, und wir haben die bessere personelle Alternative. Bei der Landtagswahl geht es um die Mehrheit im Landtag, um die Mehrheit im Bundesrat, um viele landespolitische Aufgaben. Aber, meine Freunde, es geht für die ganze Bundesrepublik auch darum, deutlich zu machen, daß die rund 160 000 Amerikaner und die rund 25 000 Franzosen, die in Rheinland-Pfalz Dienst tun, für unsere gemeinsame Freiheit hier stationiert sind.

Wir, meine Freunde, werden nicht zulassen, daß Feindseligkeit gegenüber unserem stärksten Verbündeten, gegenüber unseren amerikanischen Freunden, aufkommt, nur weil kurzfristige Wahltaktik oder weil grundsätzliche Gegnerschaft diese Feindseligkeit schüren.

Und, meine Damen und Herren, noch weniger wollen wir, daß die deutsch-französische Freundschaft Schaden leidet. Wer das französische Kernkraftwerk Cattenom als „Zentrale des Todes“ bezeichnet oder die französische Regierung als „Atom-Mafia“ diffamiert, der schürt neuen, diesmal linken Nationalismus. Und das darf es nicht geben in Deutschland, meine Freunde.

Rheinland-Pfalz ist in den 40 Jahren, in denen es existiert, gut vorangekommen, nicht nur in der Medienpolitik. Wir, die wir einmal das Armenhaus der Bundesrepublik waren, können uns, glaube ich, im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehen lassen. Und darauf sind wir ein bißchen stolz.

Wir, die CDU von Rheinland-Pfalz, haben uns in den letzten Monaten besonders intensiv für den Schutz des Lebens engagiert. Wir halten es für gut, daß das Bewußtsein für den Schutz der Pflanzen und der Tiere lebendig ist. Aber wir meinen: Es darf nicht dabei bleiben, daß über Tierschutz mehr gesprochen wird als über den Schutz des unborenen Lebens. (gekürzter Text)

Alfred Dregger:

Vaterlandsliebe ist für den Erhalt der Nation unerlässlich

Liebe Freunde! Helmut Kohl hat uns vor vier Jahren aus der Opposition in die Regierungsverantwortung geführt. Das war vor allem sein Verdienst. Am Ende der ersten vier Jahre seiner Kanzlerschaft steht ein Traumergebnis: totale Geldwertstabilität, zunehmende Beschäftigung, steigende Realinkommen für Arbeitnehmer und Rentner, familienpolitische Reformen — und das alles bei steigender Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und zunehmender Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Hinzu treten eine gefestigte westliche Allianz und auf der Grundlage gegenseitigen Respekts eine Politik des Dialogs mit der Sowjetunion.

Meine Damen und Herren, nicht nur wir, das ganze deutsche Volk hat Anlaß, seinem Bundeskanzler für diese großartige Leistung zu danken.

Die Bundestagsfraktion aus CDU und CSU war in diesen vier Jahren das verlässliche Fundament der Unionspolitik in Deutschland. Wir hatten nicht nur die Kraft zur Auseinandersetzung, sondern auch die Kraft zur Entscheidung. Die Fraktion hat in diesen vier Jahren alle wichtigen und schwierigen Entscheidungen einstimmig getroffen. Dafür, meine Damen und Herren, danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen von Flensburg bis Garmisch, insbesondere meinem ersten Stellvertreter, dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel.

Meine Damen und Herren, CDU und CSU sind organisatorisch selbständige

und eigenständige Parteien. Aber ich behaupte: Die Union in Hamburg und in Passau ist ein und dasselbe. Als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die die beiden Unionsparteien im Deutschen Bundestag politisch zusammenfaßt, danke ich nicht nur unserem Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler, sondern auch dem Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß.

Meine Damen und Herren, ohne Franz Josef Strauß wäre die Union in Deutschland nicht das, was sie heute ist. Und deswegen danke ich ihm für das, was er in den hinter uns liegenden Jahren und Jahrzehnten für die Gesamtunion und für Deutschland geleistet hat.

Die Erfolgsbilanz der Regierung Helmut Kohl habe ich in der Bundestagsdebatte vom 10. September vorgetragen. Ich will sie heute nicht wiederholen.

Ich möchte heute etwas anderes tun. Ich möchte über Aufgaben sprechen, die wir in den letzten vier Jahren angepackt haben, die aber in der kommenden Legislaturperiode energisch fortgeführt werden müssen. Es sind sämtlich Aufgaben jenseits von Angebot und Nachfrage. Es sind Aufgaben, bei denen die Übereinstimmung mit unserem Koalitionspartner FDP nicht gerade flächendeckend ist, Aufgaben zudem, die der Staat nicht allein erfüllen kann, bei denen er mehr als bei anderen auf die Mitwirkung der Bürger angewiesen ist, auf ihr geistiges und moralisches Bewußtsein, ja, auf ihre Liebe zu ihren Mitmenschen und zu unserem Volk, durch das und in dem wir als Deutsche leben.

Ich will heute über den Schutz des Lebens, insbesondere des ungeborenen Lebens, sprechen, über den Schutz der deutschen Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation, über den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen gegen Gefährdung und Verwüstung, über den Schutz des inneren Friedens gegen Gewalt und über den Schutz des äußeren Friedens hier bei uns mitten in Europa an der Grenze von Ost und West.

Dieser Katalog, meine Freunde, zeigt, daß wir nicht nur eine Wirtschafts- und Sozialpartei sind, womit ich die Bedeutung dieser beiden Aspekte unserer Politik nicht geringschätzen will. Aber unsere Verantwortung und unsere Politik gehen darüber hinaus. Sie umfassen das Ganze des Menschen und das Ganze der deutschen Nation.

Schutz des Lebens, insbesondere des ungeborenen: Ich sehe nicht, meine Damen und Herren, den Weg verschärfter Strafordrohungen. Dafür gibt es weder Mehrheiten, noch wäre dieser Weg sehr erfolgversprechend.

Notwendig und möglich ist zweierlei: Einmal ein Bewußtseinswandel, der unsere sittliche Verantwortung für das Leben und unsere Freude an Kindern wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft rückt. Verantwortung übrigens tragen wir alle, nicht nur Frauen, sondern auch Männer. Wenn die Männer, die Verantwortung tragen, dadurch, daß sie sich Frauen vertraut gemacht haben, diesen Frauen beistünden, dann gäbe es keine Massenabtreibungen in Deutschland.

Verantwortung trägt aber auch der Staat. Wir müssen die Rahmenbedingungen für das Leben, auch für das ungeborene Leben, verbessern. Wir müssen die skandalösen Ungerechtigkeiten in bezug auf diejenigen abbauen, die Kindern das Leben schenken und sie erziehen, gegenüber denen, die keine Kinder haben können oder wollen.

Damit haben wir begonnen: Durch die drastische Erhöhung der Kinderfreibeträge im Steuerrecht und der Kinderzuschläge für diejenigen, die nichts oder nur wenig zu versteuern haben, durch Erziehungsurlaub mit Kündigungsschutz, durch Erziehungszeiten in der Rentenversicherung — meine Freunde, das ist eine ganz große Sache; damit haben wir ein neues Blatt in der Sozialgeschichte unseres Volkes aufgeschlagen — und durch die Stiftung „Mutter und Kind“, die, wenn die Länder mitwirken, Frauen in Konfliktsituationen unbürokratisch und schnell helfen kann.

Daß Herr Rau und die anderen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten jede Mitwirkung an dieser Stiftung — jedenfalls durch Aufstockung ihrer Beträge, wie es in den CDU-regierten Ländern der Fall ist — verweigern, gehört zu den großen Skandalen unserer Zeit.

Wir wollen, daß in Nordrhein-Westfalen, in Hessen und in den anderen sozialdemokratisch geführten Bundesländern in gleicher Weise wie in CDU-regierten Ländern Frauen, die Leben in sich tragen, Hilfe, und Kinder, die ungeboren sind, Schutz finden.

Schutz der deutschen Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation

„Vaterlandsliebe ist sittliche Pflicht“; ich zitiere den Kardinal von Köln, meine Damen und Herren. Sie ist unentbehrlich für das Überleben unserer Nation hier mitten in Europa an der Grenze von Ost und West. Es besteht auch kein Anlaß, daß wir uns von dieser Nation abwenden. Diese Nation wurde weder 1933 gegründet noch 1945 beerdigt.

Wir stehen nicht nur in der Tradition der zwölf braunen Jahre, sondern wir stehen vor allem in der Tradition des Bismarck-

Reiches und in der Tradition des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das nahezu ein Jahrtausend Schutz und Schirm der Christenheit war.

Wer heute morgen im Gottesdienst im Mainzer Dom, im Kaiserdom, war, der hat vielleicht noch etwas davon verspürt. Wir lassen uns die Erinnerung daran nicht nehmen. Wir lassen uns die deutsche Geschichte nicht aus unseren Herzen reißen, meine Damen und Herren.

Wir wollen im Zusammenwirken mit unseren Nachbarn und selbstverständlich unter Mitwirkung der beiden Weltmächte die erstarrte Kriegsordnung, die Deutschland und Europa teilt, überwinden. Aber wir wollen nicht zur Vorkriegsordnung zurückkehren, wir wollen qualitativ etwas anderes: Wir wollen die Nationalstaaten Europas — dazu gehört selbstverständlich auch der deutsche Nationalstaat — miteinander verknüpfen, und wir wollen sie durch ein vereinigtes Europa überwölben. Das ist unsere Vision.

Wir wollen Europa, von dem zwei Weltkriege ausgegangen sind, auf diesem Wege einmal zur friedenserhaltenden Mitte zwischen den Weltmächten machen. Meine Freunde, mit der Verwirklichung dieses Ziels haben wir im freien Westen Europas bereits begonnen. Was in den hinter uns liegenden Jahren zwischen Deutschland und Frankreich möglich war, das muß in den vor uns liegenden Jahren auch zwischen Deutschland und Polen möglich werden.

Wladyslaw Bartoszewski, Häftling in Auschwitz und in kommunistischen Gefängnissen, ein großer Europäer polnischer Nation, der vorgestern in der Paulskirche in Frankfurt den Friedenspreis des deutschen Buchhandels entgegennahm, dieser Pole verkörpert durch sein Leben, durch seine Gesinnung, durch seine Haltung auch uns gegenüber die Wertordnung des Abendlandes, der auch wir verpflichtet sind.

Auch deshalb halten wir fest an der Einheit der deutschen Nation und zumindest an der geistigen und kulturellen Einheit des ganzen Abendlandes — von Polen bis Portugal.

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen vor Gefährdung und Verwüstung

Wir Lebenden sind Treuhänder. Wir müssen die Kulturlandschaft, die wir von unseren Vorfahren übernommen haben und die nur deshalb so schön ist, weil sie sie durch ihre Knochenarbeit dazu gemacht haben, nicht unverändert — das geht nicht —, aber unversehrt an unsere Kinder und Kindeskinde weitergeben.

Ausstieg aus der technischen Entwicklung geht nicht. Aber wir können und wir müssen Gefahren beherrschen und Schädigen abwenden und, wo sie eingetreten sind, wiedergutmachen.

Waldsterben, das in Frankreich zu einem Fremdwort geworden ist, ist bei SPD und Grünen nicht mehr „in“. Meine Damen und Herren, Buschhaus, das die Republik einmal zu erschüttern schien, wäre nach der heutigen Darstellung von SPD und Grünen keine Panne, sondern ein Verdienst. So hysterisch geht es bei denen hin und her.

Kernenergie

Der Vorsitzende des Vorstandes unseres größten Kraftwerksbetreibers, KWU, Barthelt, hat im „Spiegel“ dem Sinne nach erklärt: Ich schließe bei einem Unfall deutscher Kernkraftwerke tödliche Folgen aus.

Trotzdem, das Mißtrauen ist groß, nicht nur wegen der Katastrophe in Tschernobyl, sondern auch wegen Zeichen von Unsicherheit und Hilflosigkeit nach der Katastrophe.

Die SPD, die eigentliche Kernkraftpartei unseres Landes, deren Regierungen ja die meisten Kernkraftwerke genehmigt haben, ist hurtig — hurtig! — ausgestiegen. Dahinter steht eine taktische Absicht: Sie will auf diese Weise die Union zur Kernkraftpartei machen, die ohne Rücksicht auf Gefahren für Kernenergie ist. Das ist perfide — wie vieles, was die Genossen uns anbieten. Meine Damen und Herren, deshalb sage ich: Wir sind keine Kernkraftfetischisten, wir sind die Sicherheitspartei Deutschlands.

Für uns hat Sicherheit überall den obersten Stellenwert: Rentensicherheit, Versorgungssicherheit, innere Sicherheit, äußere Sicherheit. Es wäre absurd, wenn es bei der Erzeugung von Energie anders wäre.

Selbstverständlich suchen wir nach Alternativen zur Kernenergie, und zwar mit Nachdruck. Es fehlt nicht an finanziellen Mitteln, die dafür bereitzustellen sind. Da es jedoch auf jeden Fall Zeit erfordert, bis es Alternativen gibt — die SPD redet von zehn Jahren; aber bis dahin müssen wir ja auch überleben —, verbessern wir die Sicherheit unserer Kernkraftwerke nach dem jeweils höchsten Stand der Technik. Aber wir tun zugleich alles, um unsere Nachbarn — wir leben hier doch mitten in Europa, und um uns herum wird Kernenergie erzeugt — zu veranlassen, sich entsprechend zu verhalten.

Das ist der Sinn der Wiener Konferenz, deren erster Abschnitt gerade zu Ende gegangen ist und zu der Helmut Kohl den Vorschlag gemacht hat — direkt nach Tschernobyl, noch von Tokio aus —, daß sich alle Staaten, in denen Kernenergie erzeugt wird, zusammenfinden, um die Sicherheitsstandards zu erhöhen. Zwei erste Abkommen sind dort abgeschlossen worden, aber wir wollen mehr: Wir wollen international vereinbarte Standards der Sicherheit nach höchstem Stand — das ist zur Zeit der deutsche —, und wir

wollen internationale Kontrollen. Bei Gefahren, die nationale Grenzen überschreiten, kann die Souveränität der Staaten nicht mehr oberstes Gesetz sein. Da muß die Völkergemeinschaft, die Staatengemeinschaft selbst Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, Sicherheit geht vor Nutzen. Das ist Tradition deutscher Technik. Deswegen sind unsere Anlagenbauer überall in der Welt begehrt, nicht nur bei Kernkraftwerken. Sicherheit muß auch vor Planerfüllung gehen. Das ist das Problem, das im Augenblick zu lösen ist.

Innerer Friede

In der Demokratie ist alles, nahezu alles erlaubt: Man kann denken, was man will; man kann sagen, was man will; und man kann demonstrieren, wogegen man will. Aber eines darf man nicht, nämlich Gewalt üben. Gewalt zerstört die Demokratie.

Deswegen können wir Gewalt nicht dulden. Auch wir wollen die Freiheit der Meinungsäußerung in Form von Demonstrationen. Aber wir wollen keine Vermummung. Wer demonstrieren will, muß sein Gesicht zeigen. Wer eine Maske zeigt, zeigt seine verbrecherische Gesinnung.

Wir wollen denen das Handwerk legen, die sich wie Kader einer künftigen Bürgerkriegsarmee aufführen.

Das schulden wir dem inneren Frieden unseres Landes; das schulden wir der Autorität des demokratischen Staates, die, wenn sie einmal verloren ist — denken Sie an Weimar —, schlecht wiederherzustellen ist; und das schulden wir auch unseren Polizeibeamten, von denen allein im ersten Halbjahr über fünfhundert verletzt worden sind, zum Teil schwer. Wir haben diesen Polizeibeamten gegenüber eine Fürsorgepflicht.

Wir müssen ihnen daher rechtlich und tatsächlich die Instrumente an die Hand

geben, die sie benötigen, um ihren schweren Dienst rechtsstaatlich korrekt und wirksam erfüllen zu können.

Äußerer Frieden

Meine Damen und Herren, Illusionen, Wirklichkeitsfremdheit und Schlamperei sind auf allen Feldern der Politik schlimm. In der äußeren Sicherheit können sie tödlich sein, jedenfalls bei einem Land wie dem unseren.

Wie ist die Lage seit 1945? Es ist doch das Erste, daß man eine Lagebeurteilung macht. Die Vormacht des Ostens steht zum erstenmal in der europäischen Geschichte schon im Frieden — wenn man den jetzigen Zustand so bezeichnen will — mitten in Deutschland. Diese Vormacht des Ostens ist heute Weltmacht, die einzige zwischen Wladiwostok und Lissabon. Diese Weltmacht verkörpert ein politisches System, das unserem freiheitlichen, demokratischen feindlich gesonnen ist. Diese Weltmacht ist ideologisch offensiv und militärisch expansiv. Das bisher letzte Opfer ist Afghanistan, in dem nun seit sechs Jahren gegen eine freiheitsliebende Bevölkerung Krieg geführt wird.

Das ist die Lage. Sie hat sich nicht verändert und wird sich so bald auch nicht verändern. Aus dieser Lage müssen Konsequenzen gezogen werden. Diese Konsequenzen hat Konrad Adenauer mit Unterstützung der CDU/CSU und der FDP gegen die SPD durchgesetzt.

1960 hat Herbert Wehner in seiner später berühmt gewordenen Bundestagsrede diese Kardinalentscheidung für den Westen für die SPD übernommen. Seitdem war sie unstrittig. Die Nach-Schmidt-SPD, die Brandt-SPD, die SPD von Lafontaine — ich weiß nicht, ob ich auch Herrn Rau erwähnen soll; ich weiß gar nicht, ob er auf diese Frage irgendwelchen Einfluß genommen hat oder neh-

men könnte — hat diese Kardinalentscheidung aufgekündigt. Sie müssen einmal die Nürnberger Beschlüsse der SPD lesen, meine Damen und Herren. Das ist atemberaubend.

Ein Satz vorweg: Unsere Strategie ist keine Kriegführungsstrategie, sondern eine Kriegsverhinderungsstrategie. Wir wollen keinen Krieg gewinnen, wir wollen ihn vermeiden. Das ist der Sinn.

Die SPD hat in Nürnberg beschlossen, einseitig auf die atomare Komponente bei der Abschreckung eines Angriffs auf Deutschland zu verzichten. Sie hat der Sowjetunion ein Monopol bei Mittelstreckenwaffen zuerkannt, 420 Gefechtsköpfe in Europa. Inzwischen ist der Herr Gorbatschow schon mit 100 zufrieden. Wir haben die SPD im Parlament gefragt, ob sie sich auch mit 100 von diesen Hege-monialwaffen begnügen könnte. Es könnte ja sein, daß sie nicht immer weitergehend sein muß als Herr Gorbatschow.

Die SPD hat in Nürnberg beschlossen, das Unterstützungsabkommen mit den USA aufzukündigen, in dem sie uns Hilfe in Notlagen versprochen hat.

Die SPD hat beschlossen, die Bundeswehr zu verkleinern, sie zu kadern, ihr Mittel zu entziehen, also sie zu schwächen; statt Atomwaffen weniger konventionelle Waffen. Das ist sicherheitspolitischer Blödsinn.

Die SPD ist wie in der Energiepolitik so auch in der Sicherheitspolitik nur noch ein Abklatsch der GRÜNEN, meine Damen und Herren, nichts anderes.

Solange die SPD so denkt, darf sie bei den Wahlen nicht gewinnen. Solange darf sie in Deutschland nicht regieren.

Inzwischen hat unsere Politik der Sicherheitspartnerschaft mit den USA und des Dialogs mit der Sowjetunion Früchte gezeigt. Es gibt Bewegung zwischen den

Weltmächten, die ohne unsere klare Haltung — der Bundeskanzler hat sie heute morgen vorgetragen — nicht zustande gekommen wäre. Die Bundestagsfraktion hat damals die Nachrüstungsentscheidung gegen großen äußeren Druck einstimmig getroffen.

Es ist beachtlich, daß beide Weltmächte in Aussicht genommen haben, die Zahl der Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen auf je 100 in Europa zu vermindern.

Unser Wunsch ist, daß auch die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite — das sind 600 schreckliche Dinger mit einer Reichweite von 150 km bis 500 km — in die Vereinbarung einbezogen werden. Meine Damen und Herren, der Bundesaußenminister warnt mit Recht vor einer Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland. Dabei meint er eine Singularisierung bei der Stationierung westlicher Raketenwaffen. Ich warne auch und noch mehr vor einer Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland bei der atomaren Bedrohung.

Wenn es im Zuge der Abrüstung — die wir begrüßen — nachher in Europa nur noch sowjetische Raketen gäbe, die Deutschland und die Benelux-Staaten bedrohen und sonst keine Europäer mehr, dann ginge das verloren, was die Philosophie des Bündnisses ist, nämlich strategische Einheit und gemeinsame Sicherheit.

Deswegen begrüße ich es ausdrücklich und bin dem Außenminister dankbar, daß er in dieser Frage auf unsere Linie eingeschwenkt ist. Die Bundesregierung als Ganzes vertritt den Standpunkt, daß schon in der ersten Vereinbarung über Mittelstreckenraketen größerer Reichweite vereinbart werden muß, daß auch über die 600 schrecklichen kleinen Dinger, die kürzer reichenden Dinger, weiterzuverhandeln ist und daß das bereits verpflichtend zu sein hat. Ich begrüße das.

Meine Damen und Herren, wir dürfen unsere Beziehungen zur Sowjetunion nicht auf den Sicherheitsaspekt verkürzen. Man braucht die Sowjetunion weder zu lieben noch zu hassen. Ich hasse niemanden, auch nicht die Sowjetunion. Es gibt auf vielen Feldern großartige Chancen der Zusammenarbeit.

Mit Philipp Jenninger, dem Bundestagspräsidenten, waren wir in einer kleinen Delegation im Dezember in Moskau. Uns wurde gesagt: Die Bundesrepublik Deutschland ist der solideste Wirtschaftspartner der Sowjetunion in der Welt. Das habe ich gerne gehört. Dann wurde gesagt: Wir wollen die Produktivität unserer Industrie und unserer Landwirtschaft steigern. Das ist auch nach sowjetischem Standpunkt wirklich nötig. Es hieß weiter: Dabei können uns die Deutschen am besten helfen. Auch das habe ich gerne gehört. Das werden wir auch tun.

Bei der Sowjetunion muß man auf der Hut sein und alle Chancen der Zusammenarbeit nutzen, wenn die beiderseitigen Interessen es erlauben. Aber wenn wir sie nutzen, dürfen wir keinen Augenblick vergessen, daß diese große Sowjetunion für uns nicht nur Partner, sondern auch mögliche Bedrohung ist. Deswegen dürfen wir uns den Teppich nicht unter den Füßen wegziehen lassen, der in der Atlantischen Allianz liegt. Das ist mein Anliegen; das ist meine Sorge.

Ich glaube, daß auch aus meinem kurzen Beitrag hervorgeht, worum es bei der Wahl im Januar eigentlich geht. Es geht im Grunde um zwei Kardinalentscheidungen. Es geht zum einen um die westliche Allianz, d. h. um die Sicherheit. Dafür sind wir.

Oder ein neutralistisches Hin und Her; für diese Politik — nicht für ihre Folgen — treten SPD und GRÜNE ein. Denn diese Politik bedeutet Unsicherheit, Ge-

Rudolf Luster,

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion:

Sicherheit für Europa kann es nur mit den USA geben

Lieber Parteitagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Unsere Arbeit an der europäischen Einigung, über die ich berichten darf, ist die folgerichtige Alternative zu einer durch die Geschichte widerlegten Politik des europäischen Nationalismus. Europa sichert unsere Zukunft.

Voran steht unsere Sicherheit. Nur ein geeintes und starkes Europa kann erfolgreich für Sicherheit, Freiheit und Solidarität im Innern und für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt eintreten.

Sicherheit für Europa kann es nur mit den USA geben. Wichtige Voraussetzung unserer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Heute ist Sicherung der Existenz langfristig nicht nur Abwehr der Bedrohung von

außen, sondern auch Behütung der uns anvertrauten Schöpfung. Deshalb hat gemeinsame Umweltpolitik besondere Aktualität. Tschernobyl war eine besonders eindringliche Lehre. Europäische Regelungen sind notwendig. Die Gemeinschaft muß die Initiative zu weltweiten Vereinbarungen ergreifen. Zu Recht wird in der Einheitlichen Europäischen Akte der Gemeinschaft eine Kompetenz im Umweltschutz zugewiesen.

Gleiches gilt für den Bereich der Forschung und Technologie. Die neuen Möglichkeiten für den Ausbau der EG zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft müssen voll ausgeschöpft werden.

Da ist dann auch das Thema europäischer Binnenmarkt; der Bundeskanzler hat es angesprochen. Zu seiner fahrplanmäßigen Vollendung ist die alsbaldige Ratifizierung der Einheitlichen Akte unverzichtbar. Noch immer fehlt es an vielem, was nötig ist, damit ein Unterneh-

(Fortsetzung von Seite 29)

fährdung des Friedens und der Freiheit unseres Landes. Das ist die erste dramatische Entscheidung, und zwar zum ersten Mal seit 1960; denn 1960 hatte Wehner unsere Politik für die SPD übernommen. Das macht diese Wahl so dramatisch.

Und die zweite Alternative heißt: Soziale Marktwirtschaft — das heißt Fortschritt für alle wie von 1949 bis 1969 und jetzt wieder seit 1982 — oder Verschuldung, Inflation, Massenarbeitslosigkeit, Rentenverunsicherung, wie sie vor 1982 be-

gonnen hatten. Für diese Politik — nicht für ihre Folgen — streiten SPD und GRÜNE.

Vor diesen dramatischen Entscheidungen treten alle anderen Fragen in den Hintergrund. Wir müssen verhindern, daß die SPD einen Schleier schöner Worte über andere Dinge vor die Augen der Wähler zieht. Wir müssen den Wählern klarmachen, daß im Januar eine Richtungsentscheidung zu treffen ist, von der ihr Schicksal und das Schicksal der deutschen Nation abhängen.

men den Europäischen Markt als seinen Heimatmarkt betrachten kann.

Die Vollendung des Binnenmarktes ist die stärkste Waffe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen.

Ein Kernstück für den Binnenmarkt ist dabei die Öffnung der Verkehrsmärkte. Ein Problem sind auch die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze, die fiskalische Grenzen für den gemeinschaftlichen Binnenhandel aufrichten. Eine völlige Harmonisierung ist nicht notwendig, es genügt die Annäherung innerhalb einer gewissen Bandbreite.

Um die Zukunftsaufgaben der EG meistern zu können, brauchen wir nicht so sehr ein höheres Finanzaufkommen, sondern wir brauchen eine neue Finanzverfassung. Dort müssen nationale und europäische Aufgaben nach dem Prinzip der Subsidiarität geordnet, klar voneinander abgegrenzt und entsprechend finanziert werden. Dadurch darf sich die steuerliche Gesamtbelastung nicht erhöhen.

Dem Bundesfinanzminister ist nicht zu verdenken, daß er die Nettozahlerposition Deutschlands sorgenvoll betrachtet. Aber kann diese Tatsache den Ausschlag geben? Die EG kostet Geld. Aber der Haushalt für die 320 Millionen EG-Bürger macht weniger als 3 % des Volumens der nationalen Haushalte aus. Allein der Handelsgewinn Deutschlands in der EG ist enorm. Der deutsche Export in die Länder der Gemeinschaft stieg zwischen 1958 und 1985 um das 42fache.

Zudem steht fest: das „Nichteuropa“, das noch nicht verwirklichte Gemeinschafts-Europa, bringt uns erhebliche Verluste. Schon die Hälfte der geschätzten jährlichen Gesamtverluste von rund 200 Milliarden DM ist größer als der derzeitige Jahresetat der Gemeinschaft von weniger als 80 Milliarden DM. Hier verschenkt Europa einen Teil seines Wohlstandes.

Unser europäisches Engagement zielt aber letztlich nicht auf kurzfristige Profite. Es geht um langfristige Sicherung des Friedens und Stabilisierung unseres Wohlstandes, um Gesundheit des Kontinents, um europäischer Konvergenz.

Extremes Sozialgefälle war der Grund für den Zustrom zu zahlreicher ausländischer Arbeiter nach Deutschland. Zur Lösung dieses Problems müssen wir dieses Gefälle abflachen. Es kommt uns billiger, hält Irritationen und Infrastrukturprobleme von uns fern, wenn wir anderen helfen, am Heimatort ausreichend bezahlte Arbeit zu finden. Ein ausgeglicheneres Sozialklima wirkt günstig in alle Bereiche von Politik und Gesellschaft.

Es ist unsere nach vorne gewandte Gesellschaftsbewältigung, zu lernen und zu praktizieren, die eigenen Interessen in möglichst vielen Feldern mit den Interessen möglichst vieler zur Deckung zu bringen und so alle zu fördern und zu schützen. Europapolitik kann uns so das Übungsfeld für unseren Beitrag zu einer brüderlichen Weltgesellschaft werden. Im Mai dieses Jahres hat es der Bundeskanzler so formuliert: „Wir werden Außenpolitik zunehmend als eine Art Weltinnenpolitik begreifen müssen.“ Besonders im Felde der Europäischen Gemeinschaft können wir längst nicht mehr von „Außenpolitik“ reden.

Ein europaspezifisches Ressort kann am besten die Brücke schlagen zwischen Bund und Ländern auf der einen Seite und der Europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite.

Vor uns liegt die Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte, deren Vollzug noch in diesem Jahr wir dringend anmahnen. Diese Akte ist ein Zwischenschritt, der uns ein Stück vorwärts bringt. Wesentliches allerdings bleibt zu tun.

Wiewohl nämlich, liebe Freunde, die EG kein Staat ist, hat sie eine eigene Gesetz-

gebung. Die EG-Gesetze werden jedoch bisher allein vom Ministerrat, in Wirklichkeit vielfach nur von den Ministerialbürokratien, das heißt von hochzuschätzenden Beamten, gemacht.

Nicht um mehr Zuständigkeiten oder um mehr Macht geht es für das Europäische Parlament. Es geht präzise um parlamentarische Mitentscheidung bei der Gesetzgebung dort, wo sie der nationalen Souveränität und damit den Parlamenten der Mitgliedstaaten entzogen ist.

Ich wiederhole, so daß es auch zu den Ohren des hochgeschätzten Vorsitzenden der CSU dringen kann: Nicht um mehr Zuständigkeiten oder um mehr Macht geht es für das Europäische Parlament; es geht präzise um parlamentarische Mitentscheidung bei der Gesetzgebung dort, wo sie der nationalen Souveränität und damit den Parlamenten der Mitgliedstaaten entzogen ist — und nur dort —, und zwar um Mitentscheidung, gleichberechtigt und gemeinsam mit dem bisher allein entscheidenden Ministerrat.

Der Bundespräsident hat in diesem Zusammenhang vor dem Europäischen Parlament es so ausgedrückt:

Zentraler Bestandteil der Demokratie ist das Parlament. ... Deshalb bedarf auch die Europäische Gemeinschaft ihrer demokratischen Legitimierung durch das Parlament.

Und er hat angefügt:

Wir müssen aufpassen, daß wir nicht auf die Dauer in der Gemeinschaft ganz andere Prinzipien demokratischer Gewaltenteilung schaffen, als wir sie in den Mitgliedsländern befolgen.

Das Europäische Parlament, sagen wir, muß deshalb das Mitentscheidungsrecht bei der Gesetzgebung haben. Die Verfahren würden so, im übrigen, beschleunigt. Vorschläge könnten nicht mehr in den Schubladen der Brüsseler Bürokratie ver-

sacken. Ein in parlamentarischer Debatte entstehendes Gesetz würde die Europapolitik dem Bürger kontinuierlich nahebringen und die öffentliche Diskussion anregen. Darin läge ein Schlüssel für höhere Beteiligung bei europäischen Parlamentswahlen. Zugleich wäre es ein wichtiger Schritt zu unserem Ziel: dem Bundesstaat Europäische Union.

Aus dem Gesagten folgt: Im Bundestagswahlkampf kann die Europapolitik nicht ausgespart bleiben.

Homogen und geschlossen wie keine andere Fraktion des Europäischen Parlaments vermag die EVP-Fraktion die hier beschriebene Politik offensiv zu vertreten. Hierbei kommt dem Fraktionsvorsitzenden, Egon Klepsch, seinem Einsatz und seinem Geschick, ein besonderes Verdienst zu.

Lassen Sie mich, liebe Freunde, an dieser Stelle ein persönliches und herzliches Wort des Dankes an den Herrn Bundeskanzler sagen. Helmut Kohl hat uns mit seiner Treue zu Europa in Vision und in Aktion große Hilfe gegeben. Er gibt ein Beispiel für viele außerhalb, aber auch innerhalb unserer Partei. Seine Politik, unsere Politik, hat das Vertrauen der Wähler gefunden. Bei beiden Direktwahlen zum Europäischen Parlament haben CDU und CSU die absolute Mehrheit der Stimmen und Sitze gewonnen. Mit diesem Pfund müssen wir auch bei Bundestagswahlen wuchern.

Die SPD tut heute so, als habe sie die EG erfunden. In Wirklichkeit tat sie alles, um die EG zu verhindern. Die europapolitische Vergangenheit der SPD zeigt sie abwechselnd in der Rolle des Bremsers oder des Trittbrettfahrers. Das europäische Sündenregister der SPD ist lang, in Vergangenheit und Gegenwart.

Eines unserer Sorgenkinder, liebe Freunde, ist die Landwirtschaft. Auch dies ist eine Erblast der SPD-Regierungen. Die

Regierungen der Mitgliedstaaten haben es im Ministerrat nicht fertiggebracht, die Marktordnungen, die in Zeiten der Unterversorgung und gering entwickelter Agrarwirtschaft geschaffen worden sind, rechtzeitig an die Überschußsituation anzupassen.

Wir wollen den bäuerlichen Familienbetrieb. Die Agrarfabrik aber, deren Existenz sich auf schrankenlose Einfuhr von Substituten und auf Raubbau an der Natur gründet, wollen wir nicht. Sie ist die maßgebliche Ursache des Unheils.

Wir müssen runter von der sinnlosen Überproduktion, aber die Drosselung der Überschußproduktion muß sozial vertäglich sein. Die Leistung, die bäuerliche Landwirtschaft durch die Pflege der ländlichen Kulturlandschaft für uns alle erbringt, hat Anspruch auf Anerkennung und gerechte Entlohnung.

Insgesamt, liebe Freunde: Wir alle wünschten uns einen rascheren Fortgang der europäischen Dinge. Wir brauchen aber Geduld und Engagement. Europa muß zusammenwachsen. Es kann nicht zusammengeschraubt werden.

Die EG hat allen, aber besonders uns Deutschen, nicht unerheblichen Wohlstand gebracht. Ihren Hauptauftrag, uns den

Frieden zu bewahren, hat die EG in vorbildlicher Weise erfüllt. In unruhigen Jahrzehnten mit kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt blieb die EG ein Hort des Friedens.

Die geschichtswidrige, unnatürliche Zerreißung Berlins, Deutschlands und Europas drängt unwiderstehlich zur Zusammenführung. Der Zusammenhang zwischen europäischer Einigung und der Überwindung der Spaltung Deutschlands ist von uns Christlichen Demokraten immer hervorgehoben worden.

Wir lassen die schleichende Aushöhlung der Präambel des Grundgesetzes durch rot-grüne Abenteuerlichkeiten nicht zu.

Gerade der Deutschland-Vertrag und der Brief zur deutschen Einheit dokumentieren, daß unsere nationale Frage in einen dauerhaften Friedenszustand in Europa eingebettet ist. Die politische Einigung Westeuropas hat Schrittmacherfunktion für eine solche Friedensordnung zugunsten aller europäischen Völker diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, in der das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Liebe Freunde, wir brauchen Europa, Europa braucht uns. Wir Christlichen Demokraten sagen ja zu Europa.

Walther Leisler Kiep:

Die finanziellen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf schaffen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das neue Parteienfinanzierungsgesetz, das am 1. Januar 1984 in Kraft getreten ist und das am 14. Juli 1986 vom Bundesverfassungsgericht in allen wesentlichen Punkten bestätigt wurde, sieht vor, daß die Parteien unter diesem Gesetz ihren Rechenschaftsbericht dem Bundesparteitag vorlegen müssen, der der nächste Parteitag nach der Vorlage beim Bundestagspräsidenten ist. Aus diesem Grunde bin ich heute gehalten, den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1984 vorzulegen.

Ich komme diesem Anliegen des Gesetzes sehr gerne nach, weil hier ein alter Wunsch der Union und auch von mir selber Wirklichkeit wird, nämlich die Transparenz der Parteienfinanzierung in Ausgaben, in Einnahmen und im Parteivermögen herzustellen, um damit sicherzustellen, daß jedermann die Parteienfinanzen durchschauen und begreifen kann.

Der Rechenschaftsbericht unserer Partei ist Ihnen mit den Parteitagsunterlagen gegangen. Deshalb kann ich mich hier auf diese Unterlagen beziehen. Ich darf hinzufügen, daß eine von mir verfaßte detaillierte Analyse dieses Rechenschaftsberichtes in **Heft 37/85 des UID** veröffentlicht wurde. Auch diese Analyse liegt Ihren Parteitagsunterlagen bei, so daß Sie sich, an Hand dieser Unterlagen, im einzelnen über den Stand der Parteifinanzen im Jahre 1984 unterrichten können.

Ich möchte die Gelegenheit gerne benutzen, allen Schatzmeisterkollegen auf allen Ebenen sehr herzlich für die große Arbeit zu danken, die sie für Sie alle, meine Damen und Herren, mit der Erstellung dieses Berichtes auf sich genommen haben.

Den Bericht 1985 wird in Kürze vom Bundestagspräsidenten veröffentlicht werden.

Die Umstellung auf das neue System beinhaltet insofern Schwierigkeiten, als wir danach zur Öffentlichmachung unserer Finanzen verpflichtet sind, wo doch in der Vergangenheit die strikteste Diskretion und Zurückhaltung in allen Parteifinanzierungsfragen üblich war. Ich glaube aber, daß diese Transparenz ein Stück unserer Glaubwürdigkeit als Partei sein wird. Ich fordere Sie alle auf, auf allen Ebenen an dieser wichtigen Aufgabe weiterhin aktiv mitzuarbeiten.

Wir müssen jetzt die finanziellen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf 1986/87 schaffen. Eine Voraussetzung für den Wahlerfolg ist die Fähigkeit der Union zur Herstellung der Waffengleichheit mit unseren politischen Gegnern, sprich: die Bereitstellung der notwendigen Finanzierung. Ich möchte Sie heute alle aufrufen, bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe mitzuwirken.

Unsere zukünftige politische Glaubwürdigkeit hängt davon ab, ob es uns auch im Wahlkampfjahr gelingt, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu hal-

Hartmut Perschau, CDU-Spitzenkandidat in Hamburg

Die Hamburger Talfahrt ist ein Paradebeispiel für das Versagen der SPD

Liebe Freunde! Es ist jetzt etwa vier Jahre her, daß Helmut Kohl Bundeskanzler geworden ist. Und es sind noch knapp vier Monate, die uns vom Wahltermin trennen, an dem der Wähler über unsere Politik zu entscheiden hat. Es sind noch gut vier Wochen bis zu unserer Wahl in Hamburg, wo auch über die Politik, allerdings einer sozialdemokratischen Regierung in Hamburg, entschieden werden muß.

Ich glaube, liebe Freunde, wir können, wenn man dies alles miteinander vergleicht, außerordentlich stolz sein auf die exzellenten Ergebnisse, die unser Kabinett unter der Leitung von Helmut Kohl in den letzten vier Jahren in Deutschland und für Deutschland erreicht hat.

Diese exzellenten Ergebnisse stehen allerdings in einem außerordentlichen Kontrast zu den Ergebnissen der Politik, die wir in vielen SPD-regierten Ländern in demselben Zeitraum feststellen müssen.

Mein Plädoyer für den Wahlkampf lautet: Setzen wir uns offensiv mit der SPD aus-

einander, aber nicht mit ihren wohlklingenden Aussagen und Versprechungen, sondern mit den Ergebnissen ihrer tatsächlichen Politik. Wir sollten den Wählern an den Beispielen der Länder und der Städte, in denen die SPD regiert, zeigen, worin sich die Politik von CDU und SPD unterscheidet und wie die Ergebnisse konkret nebeneinander aussehen.

Franz Josef Strauß hat vor einigen Wochen eine sehr plastische, sehr drastische und sehr deutliche Leistungsbilanz vorgelegt und einen Vergleich der Leistungen von Bayern und Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Wer diese Zahlen und Ergebnisse nebeneinander sieht, der weiß sehr wohl zu würdigen, welche Politik in die Zukunft zeigt und welche Politik uns in Zukunft nach vorne bringen wird.

Ich komme, wie Sie wissen, aus einem sozialdemokratisch regierten Land. Ich komme aus einem Land, das nunmehr seit fast 30 Jahren von den Sozialdemokraten regiert wird und seit fünf Jahren von einem Bürgermeister, der sich Wirtschaftsexperte der Bundes-SPD nennt.

(Fortsetzung von Seite 34)

ten. Deshalb hoffe ich, daß hier nicht nur wir Schatzmeister, sondern alle Politiker, alle Mandatsträger, alle Landes-, Kreis- und Bezirksvorsitzende sich diese wichtige Aufgabe zu eigen machen. Ihnen allen gilt auch die Bitte und der Wunsch nach der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Unterstützung.

Wir wollen, wenn wir heute in einem Jahr den Rechenschaftsbericht 1986 vorlegen, rückblickend feststellen können, daß wir auch in diesem Wahlkampfsjahr die Straße und die Bahn der Solidität und der Solidarität nicht verlassen haben.

Ich bedanke mich für die Mitarbeit, und ich bedanke mich für die relative Bereitschaft, mir zuzuhören.

Ich möchte hier eigentlich mit Ihnen nicht darüber diskutieren, wie weltläufig und wie parkettsicher der Hamburger Bürgermeister ist, sondern ich möchte Ihnen für Ihre eigene Argumentation einige Daten und Fakten an die Hand geben, wie sich denn die konkreten Ergebnisse der sozialdemokratischen Politik der letzten vier, fünf Jahre in Hamburg tatsächlich darstellen.

Lassen Sie mich kurz etwas zum Problem der Arbeitslosigkeit sagen: Liebe Freunde, wir alle wissen, daß derjenige, dem es heute in unserem Land gelingt, die Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen, eine ganz große Chance hat, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen. Wenn Sie sich die Entwicklung im Bund und in Hamburg ansehen, dann stellen Sie plötzlich fest, daß wir noch vor fünf Jahren, an dem Tag, als Herr von Dohnanyi nach Hamburg kam, mit der Arbeitslosenquote exakt im Bundesdurchschnitt lagen. Wir hatten exakt dieselbe Arbeitslosenquote wie der Bund, sowohl was die allgemeine Arbeitslosigkeit anging als auch was die Jugendarbeitslosigkeit anging. Wenn Sie sich die Zahlen von heute ansehen, stellen Sie fest, daß im September die Arbeitslosenquote des Bundes bei 8,2 Prozent und die in Hamburg bei 12,7 Prozent lag. Innerhalb von fünf Jahren hat die Hamburger Sozialdemokratische Partei unter Führung des Wirtschaftsexperten der Bundes-SPD in Hamburg eine Arbeitslosenquote erwirtschaftet, die heute um mehr als 50 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt — und das in der Handels-, Wirtschafts- und Industriemetropole Norddeutschlands, einem der bedeutendsten Handels- und Wirtschaftszentren der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Wenn Sie sich das Ergebnis jetzt auch im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit anguk-

ken, wo wir vor fünf Jahren ebenfalls exakt im Bundesdurchschnitt lagen, stellen Sie heute fest, daß im Bund die Jugendarbeitslosenquote bei 7,4 Prozent liegt, in Hamburg in diesem Monat bei 18,5 Prozent — innerhalb von fünf Jahren eine zweieinhalbfache so hohe Arbeitslosenquote wie im Bund.

Eine solche Politik, wie sie die Sozialdemokraten in unserer Stadt betrieben haben, die dazu geführt hat, daß in wirtschaftlichen Ballungsräumen die Arbeitslosigkeit wächst, daß junge Menschen immer weniger Zukunftsperspektive haben, ist eine arbeitnehmerfeindliche Politik, und sie ist eine zutiefst unsoziale Politik.

Lassen Sie mich ein zweites Thema nehmen. Das ist die Problematik der Verschuldung. Wir stellen fest, daß im Bund die Verschuldungskurve immer mehr abflacht, daß sich die Finanzen stabilisieren, daß sich die Preise stabilisieren, daß wir eine sichere Haushaltswirtschaft haben und dies neben einem großzügigen Steuerentlastungsgesetz, daß in ganz großem Umfang Steuerkraft an die Bürger zurückgegeben wird. — In Hamburg ist es genau umgekehrt. In Hamburg ist es so, daß wir eine drastisch weiter steigende Verschuldung haben, eine drastisch sinkende Investitionsquote des Landes, daß wir gleichzeitig aber nicht eine Senkung der Steuern oder eine Rückgabe von Steuern an die Bürger haben, sondern während der Bund die Steuern an die Bürger zurückgibt, werden im sozialdemokratisch regierten Land Hamburg die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die Getränkesteuer, die Hundesteuer erhöht, werden sämtliche Tarife, Gebühren erhöht, in einem Maße, das weit, weit oberhalb der Preissteigerungsrate liegt.

Meine Damen und Herren, diese Politik trifft natürlich nicht die Reichen. Sie trifft nicht die Vermögenden. Sie trifft nicht die Großbürger, die in Hamburg an der

Elbchaussee wohnen. Eine solche Politik trifft die Schwachen. Sie trifft die Bezieher kleinerer Einkommen. Sie trifft die sogenannten unteren sozialen Schichten.

Eine solche Verschuldungspolitik, eine solche Steuerpolitik, eine solche Verteilungspolitik, die Hamburg zur teuersten Stadt der Bundesrepublik Deutschland gemacht hat, die heute die Bürger und die Betriebe aus der Stadt treibt, die natürlich auf dem Rücken des „kleinen Mannes“ ausgetragen wird, ist eine zutiefst arbeitnehmerfeindliche, eine unsoziale und eine mieterfeindliche Politik.

Liebe Freunde, ich komme aber nicht nur aus dem Land des Wirtschaftsexperten der SPD, sondern ich komme auch aus dem Stammland der Neuen Heimat. Die meisten von Ihnen wissen sicherlich, daß die Muttergesellschaft der Neuen Heimat ihren Sitz in Hamburg hat. Zuständig für die Kontrolle der Neuen Heimat sind seit ihrem Bestehen der Hamburger Senat, die Hamburger SPD, die Hamburger Baubehörde und das Amt für Wohnungswesen in Hamburg. Wir haben drei Jahre lang in einem Untersuchungsausschuß zum Thema Neue Heimat in der Hamburger Bürgerschaft mühsam Punkt für Punkt, gemeinsam übrigens mit den Sozialdemokraten, herausgearbeitet, was sich denn dieser Senat an Aufsichtsverletzungen hat zuschulden kommen lassen.

Dieser Untersuchungsausschuß hat allein 213 Rechtsverstöße der Neuen Heimat nachgewiesen, die nur deshalb möglich waren, weil der Filz von DGB und SPD und Neuer Heimat und Hamburger Senat und Hamburger Bürgermeistern so groß war, daß kein Beamter in der Baubehörde die Auffassung nährte, daß es darum gehe, bei der Neuen Heimat Recht und Gesetz durchzusetzen, sondern es ging in erster Linie darum, den Nutzen der Neuen Heimat

zu mehren, dem DGB und der SPD dienlich zu sein.

Die Hamburger SPD hat die Neue Heimat immer als eine Art parteieigenes Unternehmen betrachtet. Deshalb haben wir auch eine der höchsten Wohnungsquoten der Neuen Heimat in unserer Stadt.

Die SPD in Hamburg hat dabei natürlich nie die Interessen der Mieter im Auge gehabt, sondern sie hat die finanzielle Lage der Neuen Heimat, ihre eigene finanzielle Lage und die finanzielle Lage des DGB im Auge gehabt, aber doch nicht die der Mieter! Nach dem, was der DGB heute und in den letzten Wochen getan hat und was Herr Schiesser in den nächsten Wochen im Auftrag des DGB tun wird, können wir doch nur sagen: Sozialdemokratische Politik, 30 Jahre Genossenfilz in einer Stadt, 30 Jahre Filz von SPD, DGB, Neuer Heimat und öffentlichen Unternehmen haben diese Tragödie und diesen Skandal der Neuen Heimat in unserem Land erst möglich gemacht. Hätte der Hamburger Senat seiner Aufsichtspflicht in den letzten Jahren auch nur ansatzweise entsprochen, es wäre völlig undenkbar gewesen, daß dieser Neue-Heimat-Skandal, so wie er sich jetzt in den letzten Jahren abgespielt hat, tatsächlich stattgefunden hätte.

Dies zeigt sehr deutlich, was es für eine große Stadt bedeutet, wenn sie 30 Jahre lang von einer sozialdemokratischen Partei mit dieser unglaublichen Nähe zu den Gewerkschaften, zu deren wirtschaftlichen Unternehmen und zu den öffentlichen Unternehmen regiert wird. Die Ergebnisse der Politik sind katastrophal: Hamburg koppelt sich immer mehr von der positiven Entwicklung des Bundes ab. Das, was wir heute feststellen, ist, daß Hamburg in den Wirtschaftsfragen, in den Finanzfragen, in den Verschuldungsfragen, in der Preispolitik, in der Sozialpolitik hinter der Entwicklung des Bun-

des weit, weit zurückhängt und im Vergleich zu den anderen Metropolen mehr und mehr die rote Laterne des Schlußlichtes trägt.

Liebe Freunde, deshalb müssen wir in den vor uns liegenden Wochen und Monaten auf die große Diskrepanz zwischen Worten und Taten der Sozialdemokratischen Partei hinweisen.

Wir müssen sie überall dort packen, wo sie hinsichtlich ihrer konkreten Leistungsergebnisse — in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg, in Bremen, in Hessen — in so unglaublicher Weise versagt haben und sich damit natürlich auch das Recht genommen haben, ausgerechnet diese, unsere Bundesregierung zu beschuldigen, die Sozialpolitik nicht im Zentrum ihrer politischen Überlegungen zu haben. Meine Damen und Herren, wenn wir diese Leistungsvergleiche vorlegen, dann wird man uns verstehen, dann werden wir eine neue, eine weitere und stärkere Überzeugungskraft finden.

Wir in Hamburg, meine Mannschaft und ich, Senatsmannschaft der CDU, die Kollegen aus der Fraktion, die gesamte Partei, wir sind in diesen Wochen und Monaten angetreten, um es unseren Freunden in Frankfurt, Berlin und Stuttgart nachzumachen, um als eine moderne Großstadtpartei die Talfahrt der Freien und Hansestadt Hamburg zu beenden und unsere Stadt, die sicherlich eine der schönsten — für mich die schönste — Städte der Bundesrepublik Deutschland ist, endlich wieder dort hinzubringen, wo sie hingehört: vom Ende des Geleitzuges der deutschen Metropolen wieder nach vorn an die Spitze. An die Spitze wird diese Stadt aber nicht mit einer Sozialdemokratischen Partei kommen, die fast über 30 Jahre die Mehrheit hatte und es in der Hand hielt, in dieser Stadt alles so zu gestalten, wie sie es selbst für richtig gehalten hat.

Die Ergebnisse dieser Politik sind für unsere Stadt katastrophal, und die Wende dieser Politik ist nur mit der CDU möglich.

Da viele Delegierte, meine Freunde, mich angesprochen haben, wie es denn in Hamburg mit der FDP ist, einen letzten Satz zur FDP: Die FDP hat in unserer Stadt eine markante, klare, eindeutige und entschiedene Aussage gemacht. Sie hat sich für ein entschiedenes Sowohl-Als-auch ausgesprochen. Sie hat gesagt: Im Prinzip wollen wir lieber eine Koalition mit der CDU, aber wenn es nicht reicht, dann machen wir auch eine mit der SPD. Im Grundsatz wollen wir die Wende, und wir wollen auch eine Koalition. Wir wissen nur noch nicht genau, ob mit Dohnanyi oder Perschau. Meine Damen und Herren, damit verzichtet die FDP natürlich darauf, programmatisch Einfluß auf die hamburgische Landespolitik zu nehmen. Und sie macht deutlich, worum es ihr ausschließlich geht: Es geht ihr ausschließlich um Machtfragen, nur um Partizipation an der Macht. Ich glaube, daß die FDP mit dieser Aussage dort stehen bleiben wird, wo sie heute steht, nämlich deutlich unter 5 %.

Deshalb gilt es für die Hamburger CDU, die Verantwortung dafür zu übernehmen, mit aller Kraft nach vorne zu arbeiten, nach vorne zu gucken und die Argumente in das Hamburger Bürgertum hineinzutragen. Ohne uns wird es eine Wende in Hamburg nicht geben. Eine Wende gibt es in Hamburg nur mit der CDU.

Dafür bitte ich Sie sehr herzlich um Ihre ganz persönliche Unterstützung. Ich bitte Sie aber auch um die Unterstützung der gesamten großen Unionsfamilie, die uns, wenn sie gut zusammenhält, den Rückenwind geben kann, den wir brauchen, damit wir Ihnen am 9. November ein exzellentes Ergebnis für die Bundestagswahl melden können.

Franz Josef Strauß:

Zur Politik der CDU und CSU gibt es keine Alternative

Der Vorsitzende der CSU richtete u. a. folgendes Grußwort an die Delegierten (gekürzte Fassung): Ich freue mich, daß ich auf diesem 34. Parteitag der Christlich Demokratischen Union in einer als Perle bekannten deutschen Stadt, in einer wohlbekannten Arena wenige Tage vor den bayerischen Landtagswahlen, so wie es seit vielen Jahren zwischen uns üblich ist, ein Grußwort zu den Delegierten der CDU spreche, so wie wir bei unseren Parteitagen auch immer den oberhirtlichen Segen vom Bundesparteivorsitzenden der CDU erhalten haben.

Dieser Parteitag findet wenige Tage vor der Landtagswahl in Bayern und wenige Monate vor der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 statt. Für uns in der Christlich-Sozialen Union sind deshalb — ähnlich wie bei unseren Freunden in Hamburg, die etwas später Landtagswahl haben — die Argumentation zur Landtagswahl und die Argumentation zur Bundestagswahl aufs engste miteinander verflochten, ganz abgesehen davon, daß ja die meisten Themen, die heute Schwerpunkte der Landespolitik sind, auch Probleme der Bundespolitik sind.

Der Wahlerfolg der CSU in Bayern, auf den wir setzen und über den ich mich noch kurz äußern werde, ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen Sieg der CDU/CSU bei der Bundestagswahl.

Ich sage das nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil ich hier außergewöhnliche Ansprüche stelle, sondern

weil ein Rückschlag — ich rede nicht von Verlust — für die CSU natürlich auch als ein negatives Symbol, als ein ungünstiges Signal, als kein freundliches Omen für die Bundestagswahl gewertet werden würde. Darum wissen wir sehr wohl, daß ein möglichst hohes Wahlergebnis der Christlich-Sozialen Union bei den Landtagswahlen in Bayern eine gute Voraussetzung, sozusagen der fruchtbare, atmosphärisch positive Boden wäre und, wie ich überzeugt bin, sein wird: für ein gutes Wahlergebnis der CDU und der CSU bei den bundesweiten Wahlen.

Ich habe die Ergebnisse in Niedersachsen sowohl bei der Landtagswahl als auch jetzt bei der Kommunalwahl sorgfältig verfolgt, weil das auch für uns interessante Daten sind. Wir waren froh, daß es in den letzten Wochen vor der Landtagswahl in Niedersachsen noch gelungen ist, aus den bekannten Gründen eingetretene Verluste wieder auszugleichen, mit einer Stimme Mehrheit den Erfolg der christlich-demokratischen-liberalen Koalition zu retten, wobei allerdings — ich bitte, das nicht mißzuverstehen — ein Mandat mehr natürlich eine schwere Bürde und ein kleines Ruhepolster ist. Aber wenn ich daran denke, daß 50 000 Stimmen umgekehrt zum Gegenteil hätten führen können, dann wäre das für uns eine außerordentlich unerfreuliche Ausgangslage gewesen, obwohl auch das nicht bedeutet hätte, daß wir die Bundestagswahl deshalb hätten verlieren müssen.

Was die Gemeindewahl in Niedersachsen angeht, so kann ich nur sagen: Die CDU

hat sich gut behauptet. Das ist unsere gemeinsame Wertung. Wir leiden ja alle unter den falschen Interpretationen von Wahlergebnissen in der Endphase der Helmut Schmidtschen Agonie. Denn in der Zeit hatten die Gegner der SPD sogar in den Reihen der SPD selber einen solchen Auftrieb — sei es Wahlenthaltung, sei es sogar Wahl der Unionsparteien in klassischen SPD-Wählerkreisen —, daß damals Ergebnisse zustande kamen, mit denen uns heute zu messen keine vernünftige Vergleichsbasis ist.

Aber eine Vergleichsbasis wäre, was merkwürdigerweise nicht in den Zeitungen stand, die Kommunalwahl 1976. Bei der Kommunalwahl 1976 hatte die CDU 47,3 Prozent und 1986 46,9 Prozent. Das heißt: Sie hat sich auf einem hohen Niveau stabilisiert.

Das ist auch für die Wahlerwartungen hinsichtlich des Januar 1987 nicht ohne Bedeutung.

Noch interessanter ist, daß die SPD bei den Kommunalwahlen 1976 44,9 Prozent und bei den Kommunalwahlen 1986 39,7 Prozent hatte.

Herr Schröder hat also gar keinen Grund, sich hier besonders rosigen Vorstellungen hinzugeben, was die Zukunftsaussichten der SPD angeht.

Auch sein Auftritt in Bayern war blamabel.

Er hatte die unglaubliche Geschmacklosigkeit — ich rede von mir sonst nicht in der dritten Person, aber diesmal tue ich es —, den bayerischen Ministerpräsidenten wegen seiner Forderung nach einer vernünftigen Gestaltung, nach einer wirksamen Gestaltung des Asylrechts in einer öffentlichen Versammlung eine Sau zu nennen. Nichts dagegen, wenn er sein Milieu verrät. Aber im Interesse der bayerischen Schweinezucht — ich nehme an, auch der niedersächsischen — möchte

ich doch sagen, daß die Schweine reinliche Tiere sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns in den letzten vier Jahren, seit der Landtagswahl 1982, die ja vor dem 1. Oktober, also vor der Änderung der Koalition und der Regierung in Bonn stattfand, bis heute bemüht, eine nicht nur für Bayern, sondern auch für den Bund positive Arbeit zu leisten, und zwar positive Arbeit nicht allein durch begleitende schöne Redensarten, sondern vor allem durch ein konkludentes Handeln, z. B. bei der Gestaltung der öffentlichen Investitionen.

Sie wissen, daß wir keinen Grund haben, von unserer Auffassung abzuweichen, daß das Hauptinstrument zum Abbau der Arbeitslosigkeit die Verstärkung der privaten und der öffentlichen Investitionen ist.

Die privaten Investitionen sind auch im Steigen begriffen. Gerade wir in Bayern haben eine sehr erfreuliche Entwicklung in den letzten sechs Monaten zu verzeichnen. Ich bin aber immer dem Aberglauben entgegengetreten, daß heute für öffentliche Investitionen eigentlich kein rechter Bedarf mehr bestehe. Für bestimmte Teile der öffentlichen Investitionen mag das zutreffen, z. B. für den Bau von großen Verwaltungsgebäuden. Das mag auch für Hallenschwimmbäder mit ihren ewigen Betriebsdefiziten zutreffen. Wenn wir in Bayern aber in jedem Jahr mehr als 1,1 Milliarden DM für Krankenhausbau und Krankenhausausrüstung ausgeben, dann dient dies einerseits der Infrastruktur einer modernen humanen Lebensgestaltung; es sollte andererseits aber auch einer Unterstützung der Konjunkturpolitik der Bundesregierung gerade auf dem heiklen Sektor der Bauwirtschaft und des Bauausrüstungsgewerbes dienen.

Alles, was in diesem Bereich ausgegeben wird, geht sofort in die Wirtschaft. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung als Probleme, die sich in jedem Lande stellen.

Ich bin sehr dankbar, daß unsere ja manchmal von streitigen Gesprächen begleiteten Auseinandersetzungen in Bonn, bei denen ich mich auch immer wieder der Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers erfreuen durfte, dazu geführt haben, daß die Mittel für Stadterneuerung und Dorfsanierung im Bund verdreifacht und in den Ländern unterschiedlich erhöht — verzweifacht bis verdreifacht — worden sind.

Ich darf auch die gemeinsamen Erfolge bei unseren Leistungen für die Familie positiv erwähnen, angefangen bei der Steuerpolitik — Wiedereinführung der Kinderfreibeträge in erheblicher Höhe — bis hin zu den Transferzahlungen. Ich darf auch die anderen sozialpolitischen Erfolge und Fortschritte erwähnen.

Wir müssen uns hier wieder, obwohl das heute nicht mehr so brisant ist wie vor einem Jahr, argumentativ und energisch gegen die vergiftende Behauptung von der Demontage des Sozialstaates, gegen den Klassenkampf von unten nach oben, die Umverteilung von unten nach oben und ähnliche nur der politischen Hetzsprache entstammende Fehlargumentationen zur Wehr setzen und sie nachdrücklich widerlegen.

Die Umverteilung von unten nach oben hat in den Zeiten der riesigen Schuldenaufnahme stattgefunden, als hohe und höchste Zinsen bezahlt werden mußten und die Großbanken, die man angeblich ja als Gegenspieler hat, seinerzeit große Gewinne in Gestalt der hohen Zinsen einstecken konnten. Zur Zeit findet bei der Neuen Heimat auch eine Umverteilung statt, nämlich von unten nach oben.

Das gleiche gilt für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Das Thema braucht hier auf dem Parteitag nicht behandelt zu werden. Ich muß aber sagen: Ich bin empört. Ich habe mit dem Chef der Neuen Heimat verhandelt. Wir haben deshalb die Verhandlungen nicht sofort abschließen können, weil kein Prüfungsgutachten vorlag. Der DGB hat die Durchführung einer Prüfung überhaupt abgelehnt. Wir haben dann im Rahmen von Bayern eine Prüfung mit dem Prüfungsverband der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften durchgeführt. Wir haben dann erst einmal Zahlen bekommen. Dabei ist die Neue Heimat Bayern eine der wenigen Gliederungen der Neuen Heimat, die nicht mit roten Ziffern oder an der Grenze des Bankrotts operierten. Wir waren bereit, ihr aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft Erwerber zu vermitteln, die den Bestand der Wohnungen der Neuen Heimat Bayern übernommen hätten. Genauso wie die Belegschaft, genauso wie der Betriebsrat haben auch wir der Zeitung entnommen, daß das nächste Gespräch keinen Sinn mehr hat, weil das ganze Unternehmen für eine Mark an einen Berliner Bäcker verscheppt worden ist.

Man kommt nämlich zum zweiten Teil des Skandals, wenn man den wirtschaftlichen Hintergrund des Erwerbers nebst den Motiven einmal etwas näher durchleuchtet. Ich empfehle die Lektüre des „Handelsblattes“ vom letzten Samstag. Dort ist von den Motiven des DGB die Rede, sich durch dieses Manöver aus der Durchgriffshaftung zu Lasten der Banken, der Aktionäre, der Steuerzahler und der Sparer herauszumogeln, indem man den Konkurs bis nach 1987 verschiebt. Wir haben gar keinen Grund, uns Wahlprüfsteine vom DGB vorlegen zu lassen, in Zusammenhang mit denen wir unser soziales Gewissen beweisen sollen!

Ich hatte, obwohl ich hier nicht zu den Heißspornen und Vorreitern gehöre, eigentlich immer eine etwas andere Auffassung von Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung in den Betrieben. Wenn das die Schule für Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung sein sollte, kann man nur sagen, daß der DGB bis zum Ende dieses Jahrhunderts oder länger diskreditiert ist.

Wir haben gemeinsam Sorgen im Kampf um die materielle und psychologische Stabilisierung der Landwirtschaft. Wir müssen buchstäblich um jeden Preis die Marktvorräte abbauen. Der Wahn der Mehrerzeugung hat Gott sei Dank ein Ende genommen. Diese Mehrerzeugung war ja die große Sünde der 70er Jahre. Wir haben dauernd davor gewarnt. Unsere Stimme war aber die eines Predigers in der Wüste. Anfang der 70er Jahre ist der Umschlag von der Bedarfsdeckung, also von der Mangelbeseitigung zur Überschußproduktion erfolgt. Von einem bestimmten Zeitpunkt an, der heute schon zehn Jahre zurückliegt, waren jedes Kilogramm, jeder Liter, jeder Zentner mehr nur mehr dazu bestimmt, auf Kosten der Steuerzahler eingelagert, umgewälzt, verwaltet und dann entweder vernichtet oder verscheppt zu werden. So wurde z. B. ein Kilogramm Rindfleisch für 1,60 DM an die Sowjetunion geliefert, obwohl die Kosten 8,80 DM betrugen.

Das ist auch — so darf ich sagen — der Offenbarungseid der europäischen Agrarpolitik, der Mansholtschen Agrarpolitik mit den Vorstellungen von Massentierhaltung, von großen Agrarfarmen. Man sollte doch unsere bäuerliche Landwirtschaft zum Zuge kommen lassen — auf der Grundlage eines breitgestreuten Bodeneigentums, nicht mit Massentierhaltung, sondern mit einer an den Boden gebundenen Tierhaltung. Wir brauchen unsere Landwirtschaft aus drei Gründen: Einmal brauchen wir sie überhaupt, zweitens wegen

der Ernährung und drittens wegen unserer Kulturlandschaft.

Ich möchte der Bundesregierung danken, daß sie auf Grund der Gespräche, die wir seinerzeit beim Wechsel der Koalition und bei der Neubildung der Regierung im Frühjahr 1983 geführt haben, die Versprechungen bzw. Abmachungen erfüllt und uns damit auch wesentlich in der Vorbereitung des psychologischen Bodens für ein gutes Wahlergebnis geholfen hat.

Wir haben also Grund, mit einem guten Wahlergebnis zu rechnen und damit Ihnen und uns allen einen guten psychologischen Boden für den 25. Januar 1987 in Aussicht zu stellen. Die Zustimmung der Mehrheit im Lande zu unserer Politik ist deutlich spürbar. Ich habe sie noch nie so deutlich gespürt wie gerade in den letzten Monaten und Wochen.

Das hängt allerdings nicht nur optisch, sondern auch sachlich mit der Alternative zusammen — ich meine, mit der Alternative in Gestalt eines Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, in Gestalt eines — „Herausforderer“ ist eigentlich ein etwas kühner Ausdruck — eines Spitzenkandidaten der SPD. Es gibt zu unserer Politik in Bayern keine echte, verantwortlich diskutierbare Alternative. Das haben wir gemeinsam mit der Bundespolitik.

Sie wissen, daß ich mich bemühe, mich nicht etwa nur von vornherein in Lobgesängen für uns selber oder für Freunde zu ergehen. Das letzte Stück in diesem Theater ist heute vormittag im bayerischen Kabinett gespielt worden, sozusagen mit dem letzten Appell mit sehr kritischen Noten an einige Wegbegleiter.

Aber es gibt zur Politik der CSU in Bayern wie zur Politik der CDU/CSU auf Bundesebene keine echte Alternative. Unter „Alternative“ verstehe ich eine diskutierbare und, auch wenn man über sie ent-

täuscht ist, immerhin noch verantwortliche Lösung, eine Lösung, die irgendwo im Bereich des Spektrums der Mitte ist.

Wenn wir die Position der Mitte mit demokratisch rechts besetzen, dann hat es einmal eine SPD gegeben, die die Mitte demokratisch links besetzt hat. Aber die Koalition mit den GRÜNEN, dieser rot-grüne Faschingszug, der uns heute in Hessen dauernd begegnet, das ist doch keine denkbare Alternative; das wäre die Preisgabe der Grundwerte einer repräsentativen Demokratie.

Es wäre die Preisgabe der rechtsstaatlichen Ordnung, auf der die Freiheit bei uns beruht.

Wir wollen doch nicht die Freiheit der Chaoten und Gewalttäter, wir wollen die Freiheit des Bürgers, die der Staat schützen muß, wenn es notwendig ist.

Es wäre auch — und ich nehme hier den Mund nicht zu voll; zum Glück bin ich nicht von Angst erfüllt, weil die Gefahr nicht sehr groß ist, aber ernst nehmen muß man sie trotzdem — das Ende jeder Sicherheit.

Ich kann mich an die vielen Gespräche mit Konrad Adenauer und seinen damaligen Begleitern, zu deren jüngerem Gefolge ich gehörte, sehr wohl noch erinnern. Durch alles zog sich die Sorge um die äußere Sicherheit, nicht nur um die innere Stabilität, die soziale Konsolidierung, die finanzielle Ausgewogenheit, die wirtschaftliche Dynamik. Nein, Konrad Adenauers Sorge galt vor allem der äußeren Sicherheit.

Dieses Grundthema, meine Damen und Herren, stellt sich heute noch genauso wie in den Jahren 1949/50 und danach und kein Haar anders!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade deshalb fühlen wir uns, ohne Sonderrechte zu beanspruchen oder besondere Wege zu gehen — ganz im Ge-

genteil —, als Wahrer der Kontinuität und der Tradition, der klassischen Elemente und Motive und Zielorientierungen der Union verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten zu einem klaren Profil, zu eindeutigen Konturen und zu griffigen Formulierungen für die Zukunft.

Wir sind hier auch in einer ganz guten Konstellation. Vielleicht wählt mancher in Bayern die CSU, weil es die CDU gibt, vielleicht wählt aber auch mancher im Rest Deutschlands die CDU, weil es die CSU gibt.

Dies ist nicht so an den Haaren herbeigezogen; auch ich lebe ja nicht in einem Elfenbeinhäuser der Anonymität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich auf die Bundestagswahl blicke, so höre ich manchmal, das sei eine Richtungswahl. Das Wort „Richtungswahl“ befriedigt mich nicht. Jede Wahl ist eine Richtungswahl. Schon jede Landtagswahl ist eine Richtungswahl, jede Bundestagswahl war eine Richtungswahl. Diese Wahl ist angesichts dessen, was sich gegenübersteht, keine Richtungswahl, es ist eine Schicksalswahl, eine Schicksalswahl, die eine historische Weichenstellung bedeutet in der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland auf dem Boden der politischen Grundlagen bleibt, die in der ersten politischen Generation nach dem Zweiten Weltkriege gelegt worden sind. Hier geht es nicht darum, Lorbeer zu verstreuen oder Sympathien und Antipathien zu verteilen — all das hat damit überhaupt keinen Zusammenhang. Bleiben wir auf dem Boden der repräsentativen Demokratie! Gewährleisten wir unseren Bürgern einen freiheitlichen Rechtsstaat mit der dafür notwendigen Ordnung, ohne die ein Rechtsstaat auf die Dauer nicht gedeihen kann, und genießen wir weiterhin außenpolitisch, sicherheitspolitisch die Sicherheit, daß wir in Ruhe arbeiten, in Frieden schlafen und

unseren normalen menschlichen Betätigungen nachgehen können, ohne befürchten zu müssen, daß der Große Bruder heute über den Zaun guckt und morgen durch den Zaun hindurch zu uns herüberkommt!

Was waren denn die Grundentscheidungen? Wir haben sie hier im Parteitag der CDU und CSU oft behandelt. Die beiden Grundentscheidungen waren neben der rechtsstaatlichen Ordnung, wie sie im Grundgesetz niedergelegt ist, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die zwar im Grundgesetz nicht vorgesehen ist, aber aus dem Grundgesetz — freie Entfaltung der Persönlichkeit — zwangsläufig als die einzig mögliche dem Grundgesetz voll entsprechende Wirtschaftsform hervorgeht — Soziale Marktwirtschaft, nicht allein Marktwirtschaft —, und dann der Einbau in das westliche Verteidigungsbündnis mit eigenen Streitkräften.

Ich wage nicht zu phantasieren — mit einem Satz sei das nur erwähnt —, was aus dieser Bundesrepublik geworden wäre, wenn sich die damaligen Vorstellungen der SPD in Gestalt der parlamentarischen Mehrheit hätten durchsetzen können. Wir hätten die Soziale Marktwirtschaft nicht bekommen mit all ihren ungeheuren Leistungen, und als erste Leistung zähle ich nicht die Ertragskraft der Unternehmen, als erste Leistung zähle ich die Befreiung der Arbeiter von unwürdiger Fron, von Armut und Rückständigkeit zum modernen Staatsbürger. Wir hätten keine Bundeswehr, noch moderne Bewaffnung, noch hätten wir die Nachrüstung, von allen anderen Dingen zu schweigen.

Meine Damen und Herren, das läßt mich darauf kommen, daß man gerade in diesen Tagen mit dem Begriff Kernenergie, dargestellt durch Tschernobyl, also mit dem Grausen, ein oft sehr makabres und schabiges Spiel treibt und daß man jetzt

hört, wir sollen das Thema Asyl nicht im Wahlkampf erwähnen. Was wir im Wahlkampf erwähnen oder nicht, hängt gar nicht von uns ab, es hängt von denen ab, die uns als Auditorium gegenüber sitzen und die wissen wollen, was ihnen der Redner zu diesem oder jenem Thema zu sagen hat; ob es ihnen paßt oder nicht paßt, ist eine andere Frage. Wer aber hier sagt, man dürfe mit menschlichen Schicksalen keine Wahlkampfpropaganda machen, muß sich fragen lassen: Wie steht es mit der dauernden Schürung kriegshysterischer Ängste in unserem Volke, wie wir es doch über 30 Jahre erlebt haben? Ich erinnere mich, wie einer der großen Redner der SPD damals sagte: „Sie haben jetzt eine Straße beschritten“ — er meinte den Aufbau der Bundeswehr, den Eintritt in die NATO —, „am Ende dieser Straße gibt es nur eine einzige Endstation, das ist der Krieg.“ So gesprochen vor knapp 30 Jahren. Dasselbe Thema haben wir wieder bei der Einführung moderner Waffenträger bei der Bundeswehr gehört, dasselbe haben wir wieder gehört bei der Nachrüstung, dasselbe Thema hat sich dann auch wieder bei SDI gestellt.

Die Sozialdemokraten schüren dauernd die Angst vor dem Kriege, um damit die Undiskutabilität ihrer eigenen Politik zu verbergen.

Ich möchte einmal die Erinnerung der älteren Mitkämpfer in Nordrhein-Westfalen strapazieren. Haben wir nicht schon bei den Landtagswahlen Ende der 50er Jahre die schauerlichen Bilder mit der Bombe über Düsseldorf erlebt und darüber stand: „SPD wählen, bevor die Bombe fällt“? Das war doch jahrelang bis 1980, bis in die Nachrüstung hinein, das Thema der SPD, mit den heiligsten menschlichen Gefühlen, mit der Angst vor dem Grauen des Krieges ein unanständiges politisches Geschäft machen zu wollen.

Ich möchte nicht behaupten, daß die SPD die Antifreiheitspartei ist, aber ihre Freiheitsvorstellungen unterscheiden sich von unseren Freiheitsvorstellungen in wesentlichen Punkten: Wir wollen sozialen Fortschritt sichern und zugleich die Freiheit erhalten; wir wollen die Aufgaben, die die einzelnen Menschen in eigener Verantwortung lösen können, ihnen nicht nehmen, das Geld dafür nicht vorher wegnehmen und dann wieder huldvoll zuteilen. Wir wollen den Abbau der Arbeitslosigkeit durch tragfähige Produktionsstrukturen, durch solide Staatshaushalte, durch Geldwertstabilität und nicht durch aufgeblähte Konjunkturprogramme mit Strohfeuereffekt.

Meine Damen und Herren, beim letzten Parteitag der SPD hat sich ja ein bemerkenswerter Vorgang ereignet, der zu echter Besorgnis Anlaß gibt, und das ist die Abwahl des langjährigen Bürgermeisters Koschnick in Bremen. Sie kennen seinen Vorgänger Kaisen, einen der königlichen hanseatischen Sozialdemokraten, ein Mann von Vernunft, ein gestandenes Mannsbild, eigenes Urteil, kein Apparatschik, kein Funktionärstyp, aus sich selbst heraus lebend und Politik machend. Wir haben das immer anerkannt.

Im übrigen war ja, wie Sie wissen, einer seiner engsten Mitarbeiter unser Bundespräsident Carstens aus der Zeit, in der er noch im Bundesrat tätig war. Wenn heute Koschnick aus dem Parteivorstand hinausgewählt wird, weil, wie er selbst sagt, er Entspannungspolitik nur im Rahmen des Bündnisses und mit Hilfe des Bündnisses für möglich hält, wenn er, der Sozialdemokrat, den man lange Zeit wohl nicht zum rechten Flügel der SPD zählen konnte, sagt: „Ich bin deswegen hinausgewählt worden, weil die Mehrheit meiner Partei Entspannung ohne und gegen das Bündnis durchsetzen will“, ist das einer der tragischsten Fehlschlüsse, die

dritte große Fehlentwicklung der deutschen Politik in diesem Jahrhundert.

Das bedeutet Annäherung an Moskau, das bedeutet einen neutralistischen Nationalismus, und das bedeutet schrittweise zunehmende Abkehr von den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Deutschen haben nicht zuletzt das Abenteuer des Ersten Weltkrieges auf sich genommen — Kaiser Wilhelm II. —, weil sie ihre Rolle in der Weltpolitik falsch eingeschätzt haben, auch die Vereinigten Staaten tragisch unterschätzt haben. Das Ganze hat sich dann noch einmal in grausigen Dimensionen in der Geschichte vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Zweiten Weltkrieges wiederholt. Ich bin kein Bewunderer der amerikanischen Politik. In der amerikanischen Politik sind in diesem Jahrhundert so viele tragisch-naive Fehlentscheidungen zu verzeichnen, daß man stundenlang darüber reden könnte — es nützt aber nichts, wir haben ja auch einiges auf dem Kerbholz —, nur, unser geostrategisches Schicksal, nicht nur unsere Wertordnungszugehörigkeit, ist an die Vereinigten Staaten von Amerika gebunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von diesen Widersprüchen in der SPD ist auch der Kanzlerkandidat Rau nicht verschont worden. Er geht von drei Irrealitäten aus. Nehmen Sie nur das törichte Gerade von der absoluten Mehrheit, um die er kämpft. Er hat doch nicht die geringste Chance, die absolute Mehrheit zu kriegen. Ich teile die Meinung von Helmut Schmidt, der erklärt hat, er werde 42 Liegestütze machen, wenn Herr Rau 42 Prozent erreicht. Ich schließe mich dem an, obwohl ich noch ein bißchen mehr Gewicht habe.

Das ist ja nicht einmal ein Propagandatricks; das ist doch plumpe Unwahrheit. Er lügt sich doch selber an — eine Art

John Lackland, König Johann ohne Land.

Die nächste Irrealität ist das Nein zur Koalition mit den GRÜNEN. Er kriegst zwar auch mit den GRÜNEN keine Mehrheit. Aber wie will er denn ohne sie regieren?

Jetzt kommt ein zartes Pflänzchen zum Vorschein, nämlich die Andeutung von Brandt und Rau, man könnte nach den nächsten Bundestagswahlen sehr wohl an die Eventualität einer Großen Koalition denken. Meine Damen und Herren, auch ich bin öfter mit diesem Wort in Verbindung gebracht worden. Ich war Minister und kein erfolgloser Minister in der Großen Koalition. Ich bin auch der Meinung, daß alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein und sich gegenseitig dazu erklären sollen. Aber wer in Deutschland regieren will, darf sich nicht nach links oder nach rechtsaußen bewegen. Sonst ist er regierungsunfähig und regierungsunwürdig.

Außerdem kann schon aus ordnungspolitischen Gründen eine Große Koalition nach meiner Überzeugung nur im Fall eines extremen nationalen Notstands in Betracht gezogen werden, aber nur mit einer SPD, die gezeigt hat, daß sie wieder zur Mitte aufgerückt ist und sich nicht ständig noch weiter nach linksaußen bewegt. Aber bezeichnend ist doch, daß beide, Herr Brandt und Herr Rau, nicht an ihren Sieg glauben. Sonst hätten sie jetzt nicht diese aufsehenerregende, bunt angestrichene Ente steigen lassen, die so schwerfällig fliegt, wie eine Ente eben zu fliegen pflegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang erinnere ich Sie an das Wort von Willy Brandt im Herbst 1982 — sinngemäß —: Wir sind jetzt aus der Regierung verdrängt, wir kämpfen um die Rückkehr in die Regierung, wir brauchen neue Mehrheiten, wir können nur mit neuen linken Mehrheiten

in die Regierung einziehen. Was gibt es denn an linken Mehrheiten? Da gibt es zum einen die SPD mit ihrer ständigen Wanderung nach links. Was gibt es denn sonst noch? Die Deutsche Kommunistische Partei hat keine ernsthaften Aussichten, auch nur 5 Prozent zu kriegen. Sie hat jetzt eine Wahlempfehlung abgegeben: Stimme 1 für die Deutsche Friedensunion. Die von Moskau gesteuerte Deutsche Kommunistische Partei meint, daß die Friedensunion die richtige Partei sei, was auf dem Hintergrund Afghanistan ein besonderer Beitrag zur friedlichen Entwicklung in der Welt ist. Die Stimme 2 — das ist die einzig entscheidende Stimme; die erste ist denen ja völlig gleichgültig, weil sie nur für einen Wahlkreiskandidaten gilt; die zweite Stimme zählt — soll der SPD oder den GRÜNEN gegeben werden. Das empfiehlt die offizielle Moskau-Partei in der Bundesrepublik Deutschland, so vor kurzem öffentlich verkündet. Das heißt, Willy Brandt wollte linke Mehrheiten suchen; aber er findet sie nicht, er weiß, daß er sie nicht mehr finden kann, er weiß, daß eine linke Mehrheit nicht die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag bekommen kann. Und darum hat er dieses Rauchzeichen steigen lassen.

Ich sage immer: Eher fließt die Donau in den Schwarzwald zurück, als daß die SPD die absolute Mehrheit bekommt.

Die dritte Irrealität hat Herr Rau am Wochenende in Würzburg verkündet: „Ich schaffe es nur, wenn Bayerns SPD zulegt.“ Von diesem Erwartungsallptraum können wir ihn befreien.

Die SPD hatte bei der letzten Landtagswahl in Bayern, ich glaube, 31,8, sagen wir, knapp 32 Prozent. Sie müßte sich glücklich preisen, wenn sie am nächsten Sonntagabend das gleiche Ergebnis vorweisen könnte. Es ist für Herrn Rau eine Escape-Klausel, wie man neuerdings

sagt, wenn er den bayerischen Genossen sagen kann: „Da ihr versagt habt, habe ich nicht gesiegt.“ Wir sagen: Da die Genossen in Bayern versagen werden, wird er nicht siegen, kann er nicht siegen.

Eine kritische Bemerkung, die ich nicht als Besserwisserei oder als Beckmesserei zu verstehen bitte. Aber wir müssen uns vor einer unzureichenden Selbstdarstellung hüten. Die Selbstdarstellung ist angesichts der echten Erfolge, der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Erfolge bei uns, nicht zuletzt natürlich auch wegen der Kopflastigkeit der Medien nach einer bestimmten Richtung hin, einfach unzulänglich. Wir müssen uns ferner vor einer satten Selbstzufriedenheit hüten, als ob wir die Wahl schon gewonnen hätten, selbst wenn wir davon überzeugt sind, und wir sind davon überzeugt, vor einer satten Selbstzufriedenheit, die sich heute schon im Anspruch auf Posten, in der Verteilung von Posten ausdrücken würde. Ich habe gehört, daß nunmehr Herr Baum aus den Reihen unserer lieben Koalitionspartei Bundesumweltminister werden will. Ich glaube, wir tun gut daran — das ist auch die Linie, die Helmut Kohl empfohlen hat —, uns aus diesem Persönlichkeitskarussell und Personengeschlebe herauszuhalten. Wir kämpfen, wir schnallen den Helm fester, wir schnallen den Riemen fest, wir gehen in den Kampf, wir werden die Wahlen gewinnen, anschließend reden wir über das Programm, über ein gemeinsames Programm — ich meine das Koalitionsprogramm — und über die personelle Ausfüllung.

Erlauben Sie mir noch zwei kritische Anmerkungen zu machen. Wir müssen uns auch vor Fehlern im politischen Management hüten, die vom Gegner verwertbar sind. Ich verwende jetzt bewußt ein Beispiel, das im Garten der FDP gepflanzt worden ist, nämlich die Beauftragung des Öko-Instituts in Freiburg über die Ablös-

barkeit der Kernenergie. Vielleicht hätte man dieses Gutachten gleich beim Bundesvorstand der GRÜNEN in Auftrag geben können. Dann brauchten ihre wertvollsten Mitarbeiter nicht Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Was dabei herauskommt, ist insofern gleichgültig, weil wir ohnehin schon wissen, was bei denen herauskommen würde und herausgekommen ist.

Wir müssen uns ferner davor hüten, die Konturen einer Richtungspartei, die wir ja sind — vielleicht mit unterschiedlichen Schwerpunkten, aber gleicher Grundlage und gleichen Zielen —, verschwimmen zu lassen und zu einer Art Generalanzeiger-Partei zu werden. Nichts gegen den Zeitungstyp Generalanzeiger; aber das ist ein Typ, der innerhalb sehr weit gesteckter Grenzen alles vertritt. Als Partei müssen wir eine Richtungspartei und dürfen keine Generalanzeiger-Partei sein, die für und gegen alles gleichzeitig sein kann.

Ich könnte Ihnen eine große Latte von Beispielen aufzählen. Aber um des erreichten Redeerfolgs willen will ich es nicht tun. Ohne Zweifel gehört es aber zu unseren Aufgaben, eine Neudefinition, eine Up-to-date-Definition, wichtiger Begriffe vorzunehmen. Was bedeutet heute noch der Begriff „christlich“ in der Partei? Ist er nur ein Traditionssymbol, das im Namen unserer Partei bis heute erhalten geblieben ist, ohne daß man eigentlich weiß, worum es dabei geht, so wie der Dampfheizer auf der Elektrolokomotive? Was bedeutet heute noch „christlich“? Sicherlich nicht mehr „klerikal“.

Aber hier bedarf es einer Neudefinition. Ich kann sie nicht bieten; aber die Aufgabe steht. Was bedeutet heute „sozial“ und „nicht-sozialistisch“? Dafür gibt es bedeutende Vorarbeiten. Unsere Politik ist sozial, nicht sozialistisch. Was bedeutet heute „liberal“? „Liberal“ bedeutet sicherlich nicht „bindungslos“. Wir lassen

uns die Plakette „liberal“ auch nicht von denen wegnehmen, die unter „liberal“ hemmungslose Bindungslosigkeit verstehen.

Ohne Zweifel gehört zu unseren Plaketten auch der Begriff „konservativ“. Wir müssen uns mit allem Nachdruck dagegen verwahren, daß „konservativ“ mit „reaktionär“, in einen Topf geworfen wird. Wir bedürfen auch einer Klärung des Begriffes „national“ in den heutigen Umständen sowie einer Klärung des Begriffes: Was ist unser Vaterland, was ist Deutschland? — einschließlich der Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Zu einer Richtungspartei gehört auch die Kontinuität der eigenen Politik, auch wenn sie in einer Koalition nicht ohne Kompromiß durchgesetzt werden kann. Durch sie ist die Notwendigkeit von Kompromissen und die Fähigkeit zu Kompromissen nicht ausgeschlossen. Wir müssen aber zu dem stehen, was wir in der Opposition gefordert haben und das ablehnen, was wir als Opposition bekämpft haben, wenn unsere Konturen nicht verschwimmen sollen. Das gilt auch für unser Verhältnis zur Außen- und Sicherheitspolitik, für unser Verhältnis zum Bündnis, zu den Vereinigten Staaten von Amerika, zu der Entspannung und den mit ihr oft verbundenen euphorischen Erscheinungen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier auch eines sagen: Entspannung oder Nicht-Entspannung wird nicht zwischen Ost-Berlin und Bonn entschieden. Die Rolle, die wir Deutschen am allerwenigsten spielen sollten, ist der Versuch, zwischen den beiden Partnern sozusagen als dritte Großmacht den Ausgleich herbeizuführen. Wir wissen genau, wo wir stehen. Wir sollten auch unseren Wert für den potentiellen Gegner und unseren Wert für den echten Freund kennen. Aber diese hektische Ausgleichstätigkeit zwi-

schen Moskau und Washington bringt uns gar nichts, außer Hoffnungen auf der einen Seite, die nicht erfüllt werden, und Gelächter auf der anderen Seite, das uns dann doch wehtut, selbst wenn es hintergründig erfolgt.

Wir sollten uns auch klar sein über die Rechtsgrundlagen unserer Deutschlandpolitik. Ich will nicht weiter darauf eingehen, aber Sie wissen, daß mit der Verfassungsklage und den Urteilen aus dem Jahre 1973 einer verfassungswidrigen Ausuferung der Brandtschen — Bahrschen Ostpolitik eine hoffentlich endgültige Grenze gesetzt worden ist; ich will nicht in Einzelheiten gehen.

Wir sollen unentwegt für eine Verbesserung der inneren Sicherheit und unserer rechtsstaatlichen Ordnung kämpfen. Was wir bisher erreicht haben, sind Schritte, die anerkannt werden müssen. Aber sie reichen bei weitem nicht aus, um das Problem zufriedenstellend lösen zu können. Wir müssen im Kampf um die innere Sicherheit, im Kampf gegen den Terrorismus sowohl die Rechtsgrundlagen als auch die Fahndungsmethoden noch wesentlich verbessern. Da gibt es noch einiges zu tun.

Ich verstehe beim besten Willen wirklich nicht, warum Forderungen nach Verbesserung der Rechtsgrundlagen und nach Präzisierung der Fahndungsmethoden antiliberale Forderungen sein sollen. Ich bekenne mich immer noch zu der Meinung, daß im Mittelpunkt unserer Bemühungen der Bürger steht. Freiheit, Gesundheit, Leben und ehrliches Eigentum des Bürgers haben allemal noch den Vorrang vor Nachgiebigkeit gegenüber den unbefriedigten Trieben chaotischer Gewalttäter und Gesellschaftsveränderer.

Wir haben in der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik eine echte Wende erreicht, eine teilweise Wende in der Rechtspolitik, in der Familienpolitik, in

der Politik der inneren Sicherheit, teilweise in der Außenpolitik. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier gibt es noch einige Felder, die geklärt werden müssen.

Es ist heute nicht die Zeit und der Ort, um z.B. über das Problem Südafrika zu reden. Ich bin Helmut Kohl für seine nüchterne und — ich darf sagen — klare Einstellung zu den deutschen Aufgaben und Verantwortlichkeiten gegenüber diesem Problem sehr, sehr dankbar und wollte das auch hier einmal in aller Form zum Ausdruck bringen. Ich war immer ein radikaler Gegner der allgemeinen, der menschlichen, der gesellschaftlichen und der sozialen Apartheid. Ich habe mich dort, wo ich Glaubwürdigkeit habe, in 20jährigen Bemühungen bei denen, die noch über die Macht verfügen, dafür eingesetzt, hier die Schranken abzubauen. Drei Viertel dieser Schranken sind abgebaut worden; das letzte Viertel muß auch noch fallen. Meine Damen und Herren, ich bin aber sehr vorsichtig mit dem Begriff der politischen Apartheid und ihrem Abbau. Ich sage das auch hier ganz offen und deutlich.

Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Wo sind denn heute die Schreier, die nach mehr Demokratie für den Iran gerufen haben, die nach der Einführung eines liberalen Systems im Iran gar nicht begriffen haben, daß im Iran gar keine Menschen für ein solches System vorhanden waren, die nicht begriffen haben, daß dort ein blutrünstiges System mit Todesurteilen am laufenden Band, mit einer schrecklichen Verlängerung des menschenmordenden Krieges herrscht? Das ist das demokratische Ergebnis der jahrzehntelangen Schreie nach mehr Demokratie und nach mehr Liberalität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige wenige Bemerkungen machen. Sie führen zum Teil zur Bundespolitik, zum Teil zur Lan-

despolitik. Wir warnen davor, Deutschland, den Rest Deutschlands, die Bundesrepublik, in zwei Bildungsnationen zu teilen. Wir sehen mit großer Sorge die Bestrebungen der SPD in Nordrhein-Westfalen, ihres schwachen Kultusministers, ihres richtungslosen Ministerpräsidenten, der ja nicht einmal sein Land regieren kann — wie will er denn dann den Bund regieren? —, die Struwwelpeterschule zur Einheitsschule des Landes machen zu wollen.

Die Struwwelpeterschule, wie die Bildungspolitiker sie nennen, verleiht weder eine theoretische Qualifikation noch eine praktische Qualifikation, sondern sie verleiht eine halbqualifizierte Doppelqualifikation. Wer diese Struwwelpeterschule verläßt, der hat weder das theoretische Rüstzeug zu einem wissenschaftlichen Studium noch das praktische Können zur Ausübung eines handwerklichen Berufs. Wir wissen, warum wir in Bayern an unserem leistungsbezogenen Bildungssystem mit gegliedertem Schulwesen festhalten.

Ich weiß, daß auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf dem gleichen Boden stehen, aber die sozialdemokratisch regierten Länder — das sind jetzt das Saarland, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen — driften weg von dieser gemeinsamen Bildungspolitik. Ich sehe hier keine weißen Mäuse und male keinen schwarzen Mann an die Wand, aber wenn das so weitergeht, kriegen wir ein gespaltenes Bildungssystem. Wir kriegen zwei deutsche Bildungssysteme, und daß das Bildungssystem des Südens und Südwestens mit Abstand besser als das der genannten sozialdemokratisch regierten Länder sein wird, kann man als Wahrscheinlichkeitsbeweis schon an den sonstigen Erfolgen sozialdemokratischer Politik ablesen. Und die Einführung dieser Schulen erfolgt dann noch gegen den erklärten Willen der Eltern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch

sagen: Wir sind — wir in Bayern im kleinen Rahmen, wir in der Bundesrepublik im großen Rahmen — das halbe Deutschland. Das Deutsche Reich hatte bis 1918 540 000 Quadratkilometer. Die Weimarer Republik hatte 450 000 Quadratkilometer als Ergebnis von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg. Heute sind wir dreigeteilt: die Gebiete jenseits der Oder und Neiße unter polnischer und russischer Verwaltung mit ihren besonderen Schicksalen, die DDR mit ihren über 100 000 Quadratkilometern, die Bundesrepublik mit 250 000 Quadratkilometern und so vielen Einwohnern, wie das Deutsche Reich in den 20er Jahren hatte, in denen ich aufgewachsen bin. Damals waren 140 Menschen auf einem Quadratkilometer, heute sind es 250. Das sind keine Fellachen, die mit einer Handvoll Reis zufrieden sind. Das sind keine Nomaden, die in Zelten zu leben bereit sind. Das sind hochkultivierte, hochzivilisierte Bürger. Die haben sich aus dem Dreck, dem Schutt und dem Rauch, aus den Tränen und dem Blut des Zweiten Weltkriegs emporgearbeitet. Sie haben hohe Lebensverhältnisse erwirtschaftet. Sie wollen diese hohen Lebensverhältnisse für sich sichern und ausbauen, im Alter soziale Sicherheit haben und der Jugend einen Ausblick in die Zukunft geben.

Meine Damen und Herren, das ist nur möglich, wenn wir in der Spitzengruppe der Industrienationen, in der jeweiligen Vorhut des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beheimatet sind und beheimatet bleiben.

Nur so ist das möglich.

Deshalb habe ich die Wahl vom Januar 1987 nicht eine Richtungswahl, sondern eine Schicksalswahl genannt. Wenn die Verantwortung für die Geschicke der Bundesrepublik zu einer wirtschaftlichen Mittelmacht bedeutenden Ausmaßes, einer militärisch unentbehrlichen Größenordnung im atlantischen Gefüge und im europäischen Gleichgewicht nicht politisch mit steigender Kraft ausgestattet ist,

wenn diese Bundesrepublik Deutschland einen fundamentalen Wandel in Richtung Rot/Grün vollziehen würde, dann wäre unsere Arbeit der letzten vierzig Jahre umsonst gewesen, dann wäre das Schicksal der Lebenden ungewiß, und die Zukunft der kommenden Generationen würde auf dem Spiele stehen.

Das ist es, was wir unseren Wählern sagen müssen. Das geht weit über kleinliche Mäkeleien in der Steuerpolitik, in der Finanzpolitik, in der Umweltschutzpolitik und in welchen politischen Bereichen auch immer hinaus. Das ist eine historische Weichenstellung, so bedeutend wie 1949. Die Niederlage der SPD 1949 war ein Glücksfall für Deutschland in seinen freien Teil.

Adenauer hat im Mai 1957 bei einer großen Wahlkundgebung in Nürnberg, als wir Aussicht hatten, eine große absolute Mehrheit zu erringen, und sie auch errungen haben, gesagt, die SPD wäre der Untergang Deutschlands. Er wurde daraufhin Opfer ungezählter Angriffe, auch aus den eigenen Reihen. Man meinte, es sei wohl übertrieben, die SPD derartig anzugreifen und derartig in Zweifel zu ziehen. Vielleicht war es damals so übertrieben. Vielleicht hat er holzschnittartig gezeichnet. Aber sollen wir heute, meine Damen und Herren, dieses Deutschland einer Kombination von Rau + x, Rau + 0 oder 0 + 0 überlassen, dem Zufall überlassen, phantastischen Utopien überlassen? Wir stehen vor der Entscheidung: Bleiben wir auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden, oder steigen wir in das prunkgeschmückte Narrenschiff Utopia ein, in dem dann ein Grüner und zwei Rote die Rolle der Faschingskommandanten übernehmen würden?

Hier eine klare Entscheidung herbeizuführen, sind wir unseren Bürgern und unserer Jugend schuldig, sind wir aber auch der Glaubwürdigkeit Deutschlands bei unseren Nachbarn aller vier Himmelsrichtungen schuldig. Ich danke Ihnen für die Geduld, mit der Sie mich angehört haben.

Jetzt schlägt's 13

Der DGB sucht überall Schuldige, nur nicht bei sich selbst:

Nach der Methode „Haltet den Dieb“ verschwendet der DGB weiteres Geld, um die Bürger zu täuschen und den Skandal um die Neue Heimat weiter zu vertuschen.

Die Schuldfrage ist klar:

Der DGB hat die Idee der Gemeinschaft durch finanzielle Manipulationen und Mißmanagement verraten.

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde die Neue Heimat verkauft.

Wo blieben dabei die gewerkschaftlichen Prinzipien?

- Der DGB redet von Mitbestimmung und fragt **nicht** die Arbeitnehmer.
- Der DGB redet von Demokratie und fragt **nicht** die Mitglieder.
- Der DGB redet von sozialer Verantwortung und fragt **nicht** die Mieter.

Dieser DGB kann weder mit Geld noch mit Menschen umgehen.

**Wir fordern Breit (SPD) und Steinkühler (SPD) und Co. auf:
Hört endlich auf, die Bürger für dumm zu verkaufen!**

CDU



Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wir lieben Kinder



Familienpolitik für eine gute Zukunft

Eine gute Nachricht für unser Land: Zum ersten Mal seit Beginn der achtziger Jahre wurden 1985 wieder mehr Kinder geboren. Allein im ersten Halbjahr 1986 kamen 304 000 Kinder auf die Welt. Das sind 5,2 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Junge Familien haben wieder Mut zu Kindern. Sie blicken mit Vertrauen in die Zukunft.

Wir befinden uns am Anfang einer grundsätzlichen Umorientierung in der Familienpolitik. Dabei geht es um das Ziel, die Familie aus der sozialen Benachteiligung zurückzuholen, mitten hinein in die Gesellschaft; nicht weil wir sie als Fluchtag oder Gegenwelt brauchen, sondern als einen Ausgangs- und Zielpunkt menschlichen Lebens. Der Mensch kommt aus Familien, er bezieht sich auf Familien, er geht aus Familien heraus und wieder in sie hinein. Wer die Familie an den Rand der Gesellschaft drängt, wagt mit verheerenden Folgen rechnen.

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Mit 10 Milliarden Mark pro Jahr für die Familien hat die Regierung Helmut Kohl Schluss gemacht mit der jahrelangen Benachteiligung der Familien durch die SPD.

Das waren unsere wichtigsten Erfolge, damit unser Land familien- und kinderfreundlicher wird:

Mit der Einführung des Erziehungsgeldes und der Anerkennung der Erziehungsleistung in der Familie durch Anrechnung eines Erziehungsjahres in der Rentenversicherung haben wir einen familienpolitischen Durchbruch erzielt.

Die Kinderfreibeträge haben wir wesentlich erhöht: Wer Kinder hat, zahlt weniger Steuern als der, der

keine Kinder hat. Als neue Leistung wurde ein Kindergeldzuschlag je Kind für diejenigen eingeführt, die die Kinderfreibeträge nicht oder nicht in vollem Umfang ausschöpfen können.

Und das werden wir in der nächsten Legislaturperiode tun:

mit dem Kinderfreibetrag auch den Kindergeldzuschlag weiter erhöhen,

das Kindergeld für kinderreiche Familien anheben,

das Erziehungsgeld ausbauen.

Familienpolitik ist Politik für eine gute Zukunft. Die CDU ist die Partei für die Familien.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

30/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: WVA-Druck, Düsseldorf.